

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauergewerksbundes

für Werkmeister, Gesellen, Lehrlinge und Hilfsarbeiter in Maurern-, Beton- und Erdbaubetrieben, in der Kachelofen- und Steinzeugindustrie, in Schmelz-  
töpfereien und Glasereien, für Gipser, Putzer, Stukkateure, Aufhänger, Isolierer, Fliesenleger, Ofenseher, Glaser aller Art, Steinholz- und Terrazzoarbeiter

Das Blatt erscheint wöchentlich Sonnabends Monatsbezugspreis - 80 Goldmark (ohne Postgebühren) Bestellungen nur durch die Post Schluß des Blattes: Donnerstags mittags	Herausgegeben vom <b>Deutschen Bauergewerksbund</b> Hamburg 25, Wallstr. 1	Preis für Geschäftsanzeigen die zeichnungslose Millimeterzelle 1,25 M. Bei größeren Abschlüssen Rabatt, der nur als Kaszarabatt gilt. Arbeitsmarkt die dreizehnpaltige Kleinzeile 3 M., Anzeigen der Bauergewerkschaften Zeile 50 A.
---	--	---

### Bundesmitglieder, haltet Wacht!

Die Bestimmung im § 4 der neuen Bundesfassung, die erfordert, daß die in den Bauergewerkschaften gewählten Vorstandsmitglieder durch den Bundesvorstand beschäftigt werden müssen, hat die Bolschewisten in bestmöglicher Eile verfehrt. In ihrer Presse schreiben sie: „Mit diesen Satzungen in der Hand müssen die revolutionären Fraktionen in den Kampf um die Ortsverwaltungen gehen. Wer gegen diese Satzungen ist, der ist für die Gewerkschaftslosigkeit. Wer diese Satzungen bekämpft, der bekämpft zugleich die Feinde der Organisierung des Kampfes um die Volkhaer Forderungen.“

Daß die Kommunistische Partei die Parole herausgegeben hat, alle Mitglieder und auch die Sympathisierenden sollen in die Gewerkschaften zurückkehren, ist allgemein bekannt. Diese Anordnung ist zuletzt von höchster Stelle, von Sinowjew, am 10. Dezember 1924 telegraphiert worden. Er verkündete seinen Gläubigen: „Die Gewerkschaften, das sind jene Organisationen, wo Kommunisten von Angesicht zu Angesicht jene Schichten der Werktätigen gewinnen müssen, die augenblicklich vorübergehend eine Schwankung nach Seiten der SPD. vollzogen haben.“ Und die KPD-Presse erließ sofort die Ausführungsbestimmungen hierzu: „Zunächst in die Organisation, wo noch mindestens 3 Millionen Arbeiter zu erfassen sind. Die Gewerkschaften müssen in den Kampfplätzen werden. Wenn wir endlich dort sind und energisch und zäh zu arbeiten beginnen, werden wir die Arbeiter gewinnen. Die Genossen müssen von den Fraktionsmitgliedern sofort aufgefordert und zum Wiedereintritt in den Verband aufgefordert werden. Von der Fraktion sind diese Mitglieder sorgfältig zu registrieren. Die Werbearbeit muß mit größter Energie betrieben werden, damit die revolutionäre Opposition bei den kommenden Neuwahlen der Ortsverwaltungen, Branchen- und Sektionsleitungen wirksam in Erscheinung tritt. Wo nicht von vornherein eine kommunistische Mehrheit sicher ist, ist die Verhältnismäßig zu erzwingen, um so in die Ortsverwaltungen einzubringen. Für jeden Monat ist ein Arbeitsplan aufzustellen, zu organisieren sind mündliche und schriftliche Berichterstattung, Registrierung nach parteipolitischen Zugehörigkeit, Zellenführungen, Konferenzen.“

Ist das nicht ein feiner Plan? Für seine Durchführung betont außerdem noch der Spaltungsspezialist Frey Hertzert in Nr. 19 des „Kommunistischen Gewerkschafters“: „Wir kommen jetzt erst in die Zeit, von der uns Lenin in den „Kinderkrankheiten des Abtatskismus“ schreibt, daß es nötig ist, mit allen Mitteln in die Verbände einzubringen und revolutionäre Arbeit zu leisten.“

Die illegalen „Mittel“ der List, Schlaueit und Lüge sind bekannt. Warum nun diese rege, „mit allen Mitteln“ geführte Tätigkeit der deutschen Bolschewisten? Weil sie jeden Einfluß in der Arbeiterchaft verloren haben und sehr gut wissen, daß die Gewerkschaften als Massenorganisationen das stärkste Bollwerk gegen die Phrase sind. Unsere Bundesmitglieder aber sind nun unterrichtet über die bolschewistischen Absichten. Sie werden daher entsprechend der neuen Bundesfassung bei den Vorstands wahlen scharfe Wacht halten, daß nicht falsche Hirten zur „Betreuung“ der Mitgliedschaften eingesetzt werden. Daß von einer Wahl nach Fraktionen und parteipolitischen Gesichtspunkten, also von einer Verhältnismäßig keine Rede sein kann, versteht sich von selbst. Eine solcher Art zustande gekommene Wahl würde, weil gegen Bundesfassung und Bundesratsbeschluss verstoßend, ungültig sein. Deshalb nochmals: Aufgepaßt! Es gehen Wölfe in Schafspelzen um!

### Bauarbeiter und staatliche Erwerbslosenunterstützung.

Aus Burg bei Magdeburg und Langensalza sind uns in der letzten Zeit übereinstimmende Klagen über die Behandlung der Bauarbeiter bei Erwerbslosigkeit zugegangen. In beiden Fällen ist den arbeitslosen Kollegen von den Behörden gesagt worden, die Bauarbeiter hätten erst nach einer Wartezeit von 4 Wochen Anspruch auf die

staatliche Erwerbslosenunterstützung. Damit ist auch in diesem Winter wieder ein Streit aufgelebt, der bisher noch in jedem Winter unsere Bundesleitung und die zuständigen amtlichen Stellen beschäftigt hat. Nach dem Buchstabenrecht (§ 8 der Erwerbslosenverordnung) steht die Unterstützung nur zu „arbeitsfähigen und arbeitswilligen Personen, die sich infolge des Krieges durchgängliche oder teilweise Erwerbslosigkeit in bedürftiger Lage befinden“. Auf Grund des Wortlauts dieser Bestimmung bezweigen nun die betreffenden Verbände den Bauarbeitern die Unterstützung, weil die Bauarbeit Saisonarbeit, die Winterarbeitslosigkeit also keine Kriegsfolge, sondern eine ganz natürliche Folge der Witterungseinflüsse auf das Baugewerbe sei. Seit Bestehen der Erwerbslosenfürsorge mußten in jedem Winter von Vertretern der Gewerkschaften bei den betreffenden Landesbehörden oder beim

**Die hohe weltgeschichtliche Ehre der Bestimmung der Arbeiterklasse muß alle ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemen ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die müßigen Zerstreungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsinns der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf dem die Kirche der Zukunft gebaut werden soll.** Cassalle

Reichsarbeitsministerium Schritte unternommen werden, um diese ungerechte Behandlung der Bauarbeiter abzuwehren. Schon im November 1919 hatte der Reichsarbeitsminister auf eine entsprechende Eingabe des ADGB, mit einem Entschluß geantwortet in dem es heißt, daß unter normalen wirtschaftlichen Verhältnissen die Saisonarbeiter vielfach Gelegenheiten hätten, während der Zeit der Betriebsunterstellungen Arbeit in einem andern von der Witterung unabhängigen Beruf anzunehmen. ... Gelingt es ihnen nicht, während der Zeit der unversicherten Arbeitslosigkeit zu finden, so kann ihre Arbeitslosigkeit als Kriegsfolge angesehen werden und die Gewährung der Unterstützung rechtfertigen.“

Damit war die Möglichkeit für die Arbeitsämter gegeben, im Rahmen der Verordnung auch den Bauarbeitern bei Winterarbeitslosigkeit Erwerbslosenunterstützung zu zahlen. Im Dezember 1921 erging außerdem dem Reichsarbeitsministerium ein Rundschreiben an die obersten Landesbehörden der Erwerbslosenfürsorge, worin sie angewiesen wurden, den durch die Witterungseinflüsse arbeitslos werdenden Bauarbeitern jedes im Rahmen der geltenden Vorschriften mögliche Entgegenkommen zuteil werden zu lassen, um ihre dauernde Wohnveränderung in andere Verufe zu verhindern und damit dem damals zu erwartenden Kaufkraftmangel zu steuern. Im allgemeinen ist denn auch die Unterstützung der erwerbslosen Bauarbeiter im Sinne dieser Anweisungen des Reichsarbeitsministers gehandhabt worden. Nur vereinzelt glaubten die Landesbehörden, die Ausgaben für die Unterstützung der Bauarbeiter aus „Sparmaßregeln“ beseitigen zu müssen, weil ihre Erwerbslosigkeit keine Kriegsfolge sei.

Einem weiteren Grund für die Verweigerung der Erwerbslosenunterstützung enthält der § 7 der Verordnung über die Erwerbslosenfürsorge, § 7 Absatz 1 lautet: „Eine bedürftige Lage ist vorbestehend für Bestimmungen in Absatz 3 bis 6 nur insoweit anzunehmen, als die Einnahmen des zu Unterstützten einsehend in der seinem Haushalt lebenden Familienangehörigen derart geringe sind, daß er nicht imstande ist, damit den notwendigen Lebensunterhalt zu bestreiten, und als ihm keine familienrechtlichen Ansprüche zustehen, deren Erfüllung den notwendigen Lebensunterhalt ermöglichen würden.“ Zu beachten ist, daß die Unterstützung der Erwerbslosen, die die vorgenannten Voraussetzungen erfüllen, nur den Charakter einer Fürsorge trägt; die dazu erforderlichen Mittel wurden bis zum Spätherbst 1923 aus öffentlichen Einnahmen bestritten.

Die Verweigerung von Erwerbslosenunterstützung auf Grund der genannten Ausnahmebestimmungen traf die Bauarbeiter besonders hart; unsere Organisation hat — wie schon gezeigt — in jedem Jahr, besonders in den Wintermonaten, unter Mithilfe des ADGB und der sozialdemokratischen Reichsfraktion mit mehr oder weniger Erfolg die größten Härten zu beseitigen oder erheblich zu mildern gesucht.

Nachdem nun auf Grund der Verordnung vom 15. Oktober 1923 die Mittel für die Erwerbslosenunterstützung durch Beiträge der Arbeiter und Unternehmer aufgebracht werden, zu denen selbstverständlich auch die Bauarbeiter beitragen, sollte man um so mehr glauben, daß die schäntlichen Maßnahmen gegen die Bauarbeiter nicht wieder aufleben würden. Die uns zugegangenen Briefe beweisen, daß dies doch geschieht. In dem Bundesvorstand war allerdings vor einiger Zeit schon gerichtlich bekanntgeworden, daß im Reichsarbeitsministerium die Wiedereinführung einer vierwöchigen Karenzzeit für die Bauarbeiter geplant sei. Einem Vertreter des Bundesvorstandes gegenüber, der persönlich im Reichsarbeitsministerium Erkundigungen über diese Fragen eingebracht hat, wurde eine solche Absicht bestritten. Wie wissen noch nicht, ob unser Vertreter im Reichsarbeitsministerium gefaßt worden ist, oder ob es sich in Burg und Langensalza um Eigenmächtigkeiten nachgeordneter Behörden handelt. Der Bundesvorstand hat sofort Schritte unternommen, um diese Frage zu klären und auf eine den Bauarbeitern gerecht werdende Regelung hinzuwirken. Zugleich empfehlen wir unsern Vereinen bei vorkommenden Klagen und Beschwerden unserer Kollegen folgendes zu berücksichtigen:

Die Unterstützungsanträge hat der Arbeitslose an den öffentlichen Arbeitsnachweis des Stadt- und Landkreises seines Wohnortes zu richten. Die in Landorten wohnenden Kollegen müssen feststellen, ob der Gemeindevorstand oder eine andere Stelle zur Entgegennahme der Anträge und der Arbeitslosmeldung bestimmt ist. Bei Ablehnung des Antrages oder anderer Beschwerden ist die Beschwerdebefähigung der Verwaltungsausschüsse beim Arbeitsnachweis (oder Arbeitsamt).

Bei Ablehnung der Unterstützung unter Inanspruchnahme der §§ 3 und 7 der Verordnung wird sich fast immer nachweisen lassen, daß diese theoretischen und unsozialen Gründe mit den tatsächlichen Verhältnissen des täglichen Lebens im Widerspruch stehen. Zur Beschwerdebefähigung machen wir auf folgendes aufmerksam:

- Bauarbeiter eines Bezirks oder eines Ortes, die vor dem Kriege im Winter in einer Industrie oder einem Gewerbe, in der Landwirtschaft, im Forsten, im Verkehrsgewerbe, im Hafen oder sonstwo beschäftigt waren und jetzt wegen Stilllegung oder Einschränkung dieser Betriebe keine Beschäftigung finden, bleiben in Folge der Nachwirkung aus dem Kriege beschäftigungslos. Sie haben deshalb Anspruch auf Unterstützung. Wird diese abgelehnt, so ist mit entsprechender Begründung Beschwerde zu führen.
- Wenn Bauarbeiter in der Regel in jedem Jahre außer in Baubetrieben auch in Betrieben anderer Gewerkschaften arbeiten, so sind sie nach der fälligen Praxis in Preußen nicht als Saisonarbeiter zu betrachten und demzufolge bei Arbeitslosigkeit zu unterstützen.
- Bauarbeiter, die regelmäßig nur in den Sommermonaten im Baugewerbe arbeiten und im Winter in der Heimat ohne versicherungspflichtige Beschäftigung leben, werden heute in vielen Fällen nachweisen können, daß sich in ihren Verhältnissen vieles geändert und der notwendige Lebensunterhalt sich derart verringert hat, daß sie heute unterstützungsbedürftig sind.

In Preußen ist heute die Karenzzeit, die jeder Unterstützungsbedürftige durchmachen muß, ganz allgemein drei Tage. Wird den Bauarbeitern eine längere Wartezeit auferlegt, so ist dagegen begründete Beschwerde zu führen. Es ist dringend zu empfehlen, daß in jedem Stadt- und Landkreis besonders dazu geeignete Kollegen mit den Arbeitervertretern des Verwaltungsausschusses beim Arbeitsnachweis (in geeigneten Fällen auch mit den Unternehmervertretern) persönlich in Verbindung treten und diesen die besonderen Verhältnisse der Bauarbeiter darlegen. Dabei muß besonders auf den Unterschied zwischen den theoretischen Gedanken der Verordnungen und Ausführungsbestimmungen des Reiches und der Länder und den tatsächlichen Verhältnissen der Bauarbeiter im Bezirk hingewiesen und beachtet werden, beides miteinander in Einklang zu bringen.

Die Vereine in den deutschen Reichsländern außerhalb Preußens mögen sich bemühen, die Aufwendung aus

dem Vorhergesagten zu ziehen und bei ihren Landesverwaltungen in gleicher Weise zu wirken. Bei Unklarheiten ist Kollege Hermann Silberstein, Berlin SO 16, Augustufer 2, III, zu weiterer Auskunft gern bereit. Die Kollegen können sich auch an den Genossen Schliebt vom ADGB, Berlin S 14, Julestraße 6, wenden.

Im übrigen wird der Bundesvorstand im Einvernehmen mit dem Vorstand des ADGB, alle Hebel in Bewegung setzen, um die jegliche ungerichte Form der Erwerbslosenunterstützung zu beseitigen. Sie sollte von vornherein nur eine Übergangsregelung sein und muß deshalb möglichst schnell durch eine endgültige Regelung ersetzt werden. In Aussicht genommen ist für die Erwerbslosenfürsorge statt der öffentlichen Fürsorge die Form einer **Versicherung**. Gegenwärtig trägt die Arbeiterschaft von beiden Formen nur die **Mehrheit**. Sie muß Beiträge zahlen wie bei jeder anderen staatlichen Versicherung; im Interimismusfall aber berechtigt die Beitragsleistung nicht zu irgendwelchen Ansprüchen, sondern dann wird erst von Amts wegen die **Bedürftigkeit** geprüft. Wer irgendwelche familienrechtlichen Ansprüche hat, erhält keine Unterstützung. Mütter, die in Arbeit stehen, sind verpflichtet, ihre arbeitslosen erwachsenen Kinder zu unterhalten, trotzdem diese vorher von ihrem Arbeitsverdienst Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge entrichtet haben. Ebenso sind erwerbsfähige Söhne zur Erhaltung ihrer arbeitslosen Väter verpflichtet. Den Bauarbeitern wird dann aber außerdem noch die Unterstützung verweigert mit der Begründung, sie seien Saisonarbeiter und hätten entsprechend höhere Löhne. Man mutet ihnen also zu, während der Arbeit Beiträge zur Erwerbslosenfürsorge zu zahlen, während aber Ersparnisse für die Zeit ihrer eigenen Arbeitslosigkeit zu machen. Dieses System schlägt allem Gerechtigkeitssinn ins Gesicht. Seine schnelle Beseitigung ist eine dringende Notwendigkeit. Solange es nicht beseitigt ist, müssen die Bauarbeiter wenigstens der übrigen Arbeiterschaft **gleichgestellt**, muß mit der Ausrede von den „höheren“ Saisonarbeiterlöhnen gebrochen werden. In diesem Sinne wirken die Vertreter unseres Bundes und des ADGB.

Zum Schluß wollen wir nicht unterlassen, nochmals auf die schon erwähnte Anweisung des Reichsarbeitsministers vom Dezember 1921 zu verweisen. Damals sollte durch Zahlung der Erwerbslosenfürsorge die Abwanderung der Kaufhandwerker in andere Berufe vermieden werden, um einem Facharbeitermangel während der folgenden Bauzeit vorzubeugen. Heute ist die Lage ähnlich wie im Dezember 1921. Die amtl. Stellen erwarten für den kommenden Sommer eine starke Bautätigkeit. Sie schmiedet Pläne, wie dem zu erwartenden Facharbeitermangel abgeholfen werden soll. Die Zahl der Lehrlinge soll vermehrt, die abgewanderten Bauarbeiter sollen ihrem Beruf wieder zugeführt werden. Ja, man plant sogar die Umstellung von Angehörigen anderer Berufe zu Bauarbeitern. Rechnen die Regierungsstellen ernstlich auf unsere Unterstützung bei all diesen Maßnahmen, wenn sie selbst in kurzfristiger Weise durch Verweigerung der Erwerbslosenfürsorge die schon abgewanderten Bauarbeiter von der Rückkehr zu ihrem Beruf abschrecken, andere Bauarbeiter zur Abwanderung in andere Berufe veranlassen und Arbeitereltern davon abhalten, ihre Kinder einem baugewerblichen Beruf zuzuführen? Die Behörden müssen sich darüber klar sein, daß sie mit ihren Ausnahmegesetzen gegen die Bauarbeiter selbst den Facharbeitermangel herbeiführen; sie können nicht verlangen, daß die Bauarbeiterorganisationen ihnen aus der Tasche helfen, wenn sie den Bauarbeitern Rechte versagen, die anderen Arbeiterschichten gewährt werden!

**Lohnpolitik.**

Der Kampf der Arbeiter um den gerechten Anteil am Erlös des von ihnen gefertigten Produktes ist so alt wie die kapitalistische Wirtschaft. Der immer mehr verfeinerte Wirtschaftsprozess, die größere Arbeitsteilung in der Gütererstellung, die dadurch bedingte Umstellung und Neuorganisation ganzer Berufe machte den Arbeitsprozess immer unübersichtlicher und die Kontrolle über den Gewinnanteil der Hand- und Kopfarbeiter am fertigen Gut fast unmöglich. Die Umstellung der Wirtschaftsklassen in der Gesellschaft, die hieraus sich ergebende größere Teilung der Gesellschaftsklassen, der sich heftiger entwickelnde Gegensatz

unter den einzelnen Schichten der Bevölkerung zeitigte die Erkenntnis, daß sich nicht mehr eine kleine Schicht das Recht über die vielen anmaßte; die Angehörigen des zahlenmäßig weit überwiegenden Teils der Gesellschaft mußte ihr Recht auf die ihrer Wichtigkeit am Wirtschaftsgeschehen entsprechende Stellung beanspruchen und zur Durchführung bringen. Dieses Streben war zunächst ein rein materielles, es ging nur um die Steigerung des Lohnes. Bald aber kam hinzu das Drängen nach höheren, ideellen Zielen. Das Materielle blieb jedoch überwiegend. Die Arbeiter wollten vor allem bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen durchsetzen mit Hilfe aller durch ihre Organisation gegebenen Mittel. Diese Mittel waren nicht immer die gleichen. Sie wechselten mit den jeweiligen Zuständen und Bedingungen, unter denen sich das Wirtschaftsleben vollzog. Mit dem sich stetig verändernden Wirtschaftsleben änderte sich auch die Einstellung der Arbeiterschaft zu den Lohn- und Arbeitsbedingungen, besonders zum Lohnproblem. Das letztere wurde immer komplizierter. Aber stetig ging die Lohnpolitik der wirtschaftlichen Interessensvertretung der Hand- und Kopfarbeiter, der Gewerkschaften, dahin, den Arbeitern den vollen Ertrag ihrer Arbeit zu verschaffen. Selbstverständlich gehörte zu den Gesamtkosten eines Produktes nicht nur Arbeitslohn und Rohstoffe, auch die notwendigen Abschreibungen, Aus- und Wüchlagen für Maschinen, Gebäude, technische und kaufmännische Tätigkeit usw. sind zu berücksichtigen. Unsere Lohnpolitik geht also dahin, unter Berücksichtigung weitgehender Ansprüche und Bedingungen der besonders beschäftigten Arbeiter im Wirtschaftsleben, dem Arbeiter den gerechten Anteil am Produktionsergebnis in Gestalt von Arbeitslohn zu sichern.

Im Kampf um den Lohn spielt das Kräfteverhältnis beider Gruppen, Arbeiter und Unternehmer, eine große Rolle. Beide Gruppen versuchen, die öffentliche Meinung für sich zu gewinnen, die bei solchen Kämpfen von nicht zu unterschätzender Bedeutung ist. Nicht zuletzt ist es doch immer wieder die breite Masse, die als Verbraucher an der Lohnentwicklung stark interessiert ist. Deshalb muß auch die Lohnpolitik der Gewerkschaften darauf eingestellt sein. Es gilt, nach allen Richtungen gerecht zu urteilen und zu handeln. Selbstverständlich stehen die Interessen der Lohn- und Gehaltsempfänger als Konsumenten nicht in letzter Linie, sie müssen gerade jetzt besonders betont werden. Aber das Produzenteninteresse darf dabei nicht vernachlässigt werden. Beide Interessengruppen sehen sich als Wirtschaftsmächte gegenüber, der Unternehmer vertritt Produzenten-, der Arbeiter Konsumenteninteressen. Im täglichen Lohnkampf ist das von ausschlaggebender Bedeutung. Die gewerkschaftliche Lohnpolitik steht hier vor einer schweren Aufgabe, die nicht mit einfachen Kampfmethoden allein gelöst werden kann. Wohl ist das Mittel der Verweigerung der Arbeitskraft von einschneidender Bedeutung. Die Erfolge solcher notwendigen Kampfmaßnahmen sind jedoch zeitlich und zeitlich äußerst begrenzt. Die eigentliche Aufgabe ist, ohne persönliche Schädigung des einzelnen den höchsten Lohn zu erhalten. Hierin liegt die ganz andere geartete Aufgabe der Gewerkschaften gegenüber. Die Gewerkschaften müssen dies bei ihrer Lohnpolitik beachten. Die entsprechenden Wege sind daher auch den besonderen Verhältnissen angepaßt. Und ist das Kräfteverhältnis der Lohn- und Gehaltsempfänger diesen Erfordernissen gemäß eingestellt, dann wird die Lohnpolitik auch den gewünschten Erfolg haben. Im Kampf dieser völlig ungleichen Kräfte aber hat die Masse- oder Nichtpolitik keinen Platz. Hier gilt es zu beweisen, daß die Wirtschaftsmacht der Unternehmer eine Grenze findet an dem unbeeinträchtigten Willen der Arbeiter, sich durchzusetzen und weiterzuentwickeln zu höherer Einheit und Verantwortlichkeit. Dieser feste Wille äußert sich im Verfechten alles dessen, was uns im Kampf um die Lohn- und Arbeitsbedingungen angeht, heißt aber auch, tätigen Anteil nehmen an der Lohnpolitik der Gewerkschaften. Er bedeutet außerdem, in keiner Weise der Lohnpolitik der Unternehmer Vorzug zu leisten, auch wenn es sich nicht nur um ein Unterbieten des Stundenlohnes, sondern um eine nicht allgemein dröcklich oder bezüglich geregelte Arbeitsweise handelt. Wird das beachtet und danach gehandelt, dann wird es für die Gewerkschaft um so leichter sein, mit voller Unterstützung der öffentlichen Meinung ihre gerechte Lohnpolitik zur Durchführung zu bringen. Wir

wissen, der Lohnanteil am Produkt ist gegenüber der Zeit vor 1914 gesunken, die Preise dagegen gehen über den verhältnismäßigen Anteil der Rohstoffe hinaus. Wir werden daher auch in dieser Richtung unseren ganzen Einfluß aufzubringen müssen: als wirtschaftlicher Machtfaktor durch unsere Gewerkschaft, als Konsument durch beide Organisationen. Wir bedürfen dazu allerdings der tätigen Anteilnahme aller Hand- und Kopfarbeiter, die von dem Gedanken unserer hohen Aufgabe durchdrungen sind. Mit ihnen wird der Interessenkampf der Gewerkschaften, ihre Lohnpolitik, zum vollen Erfolg führen.

Die Lohnpolitik steht in enger Verbindung mit der Geldwirtschaft eines Landes und der Weltgeldwirtschaft. Politik bedeutet die Kunst des Möglichen. Das Mögliche — das, was sein kann — rechtzeitig und richtig zu erkennen, ist Aufgabe der am verantwortlichen Stelle Tätigen. Mit Beginn einer gewissen Festigung unserer Währungsverhältnisse setzte sofort von beiden Interessengruppen der Kampf um die Lohnhöhe ein. Überfordert waren die Arbeiter noch gebendend von der verhältnismäßig größeren Kaufkraft des auf Gold beruhenden Geldes gegenüber der Papierwährung. Die Preise auf dem Inlandsmarkt waren noch nicht alle den Weltmarktpreisen genähert, wodurch diese unersetzliche Verringerung des Geldes eintrat. Wer in goldwertigen Geldzeichen ausbezahlte Arbeiter konnte trotz aller Aufwertungen, die der Papiergeldempfangener erhielt, mehr kaufen als der letztere. Die Warenpreise näherten sich aber schnell den Weltmarktpreisen, so daß die Kaufkraft des goldwertigen Geldes bald dem Weltgoldstandard gleich war. Dieser hat sich jedoch um circa 40% vermindert: durch die Verringerung des Goldbestandes der Welt nach Nordamerika infolge der Wert des Goldes, an den Waren gemessen, um circa 40% gesunken. Das drückt sich natürlich in den Warenpreisen aus. Die Warenpreise sind aber mitbestimmend für die Lohnhöhe. Die Lohnpolitik mußte also dementsprechend eingestellt werden. Der bisherige Erfolg ist bekannt, der Reallohn der Vorkriegszeit ist nicht erreicht, die Kaufkraft des Lohnes also wesentlich niedriger. Hier setzt nun der Widerstand der Unternehmer aller Schichten ein. Die Wirtschaftsklassenorganisationen der Unternehmer führen den heftigsten Kampf gegen die Forderung nach Vorkriegsreallohn. Erinnerung sei an die Forderung: „Die Lohnpolitik der deutschen Arbeitgeber“, herausgegeben von den deutschen Unternehmerverbänden. Man sagt in dieser Schrift: „Vor allem müssen grundlegende Fehler in der Lohnpolitik der Gewerkschaften beseitigt und deren Vorgehensweise angestrebt werden...“ Wir fragen die Gewerkschaften, bei welcher Lohnhöhe mit dieser Lohnpolitik haltgemacht werden soll, wir fragen, ob hier überhaupt ein Ziel gegeben ist, oder ob man in den Genossenschaften der Inflationzeit beharren will? Die Gegenfrage wäre hier am Platze, ob die Unternehmerverbände, ob der gesamte Handel in ihrer Lohnpolitik bei den Genossenschaften der Inflationzeit beharren wollen? Auf das Verhältnis Preis und Lohn haben wir bereits hingewiesen. In diesem Zusammenhang sei auch vertrieben auf den Kampf „Wirtschaft Weltmarkt Lohn“ in der Nummer 41 des „Grundstein“.

Die Unternehmer malen das Schreckgespenst einer neuen Inflation an die Wand. Die Arbeiterzeitung weiß, daß das heute gar nicht disutabel ist. Aber für gewisse Unternehmerkreise ist der Wunsch vielleicht der Vater des Gedankens. Wir wissen, daß die Rentenmark nicht nur auf dem Vertrauen und Glauben des deutschen Volkes beruht, auch das gesamte Ausland setzt in diese Schöpfung Vertrauen. Nunmehr sind aber auch die Grundlagen einer festen Währung durch das wirtschaftliche Verhalten der Gewerkschaften in der Reparationsfrage geschwächt worden. Darauf ist aber auch die Lohnpolitik der deutschen Gewerkschaften eingestellt. Wir brauchen uns dabei gar nicht an die Währung irgendeines außerdeutschen Landes anzulernen oder ihr gar anzuschließen, wie das Dr. Polthoff in „Die Arbeit“ meint. Wären wir ruhig auf unsere Reichsmark auf und sorgen wir dafür, bei diesem Aufbau nicht die ureigensten persönlichen Interessen irgendwelcher Unternehmerkreise höher bewerten zu lassen als die Lebensnotwendigkeiten des ganzen Volkes. Die Lebensbedingungen unseres Volkes sind so schon auf ein Maß zurückgeschraubt, daß es ein weiteres Zurück nicht mehr

**Der Sozialist Anatole France.**

In den verschiedensten Werken Anatole Frances sind seine Gedanken über die soziale Frage zerstreut. In der „Bibliothèque socialiste“ erschien 1904 eine Auswahl verschiedener Schriften und Reden Anatole Frances unter dem Titel: „Opinions Sociales“ (Soziale Meinungen). Aus dieser Sammlung haben wir einiges übersetzt, was Frances Ansichten über Staat und Gesellschaft und seine Überzeugungen in den Sieg des Proletariats wiedergibt.

... Der Sieg des Proletariats ist sicher. Was ihn verzögern kann, sind viel weniger die ungeordneten Anstrengungen unserer Gegner als unsere eigenen Spaltungen und die Unbestimmtheit unserer Methode. Er ist sicher, weil die Natur der Dinge an sich und die Lebensbedingungen ihn fordern und vorbereiten. Er wird methodisch, überlegt, harmonisch sein. Er ist in der Welt schon vorgezeichnet mit der unbeeinträchtigten Ebene einer geometrischen Konstruktion.

Ich werde den neuen Staat nicht mehr sehen. Alle Veränderung, sowohl in der Gesellschaftsordnung wie in der Natur vollziehen sich langsam, fast unmerklich. So geschahen auch die gesellschaftlichen Umwandlungen unmerklich und unauffällig. Der ängstliche Mensch fürchtet, wie eine drohende Eintunft, eine Veränderung, die schon vor seiner Geburt einsetzte, die sich vor seinen Augen vollzieht, ohne daß er sie wahrnimmt und die erst in einem Jahrhundert sichtbar werden wird.

... Das, was den Staat heute wiederum macht, ist, daß er ein Privatigentum hat, daß er feil und taugt, wenig nach den Ketten und stark nach den Dürftigen

schluppt. Das macht ihn unerträglich. Er ist gierig. Er hat Bedürfnisse. In meiner Republik wird er wunschlos sein wie die Götter. Er wird alles haben und nichts. Wir werden ihn nicht hören, denn er wird eins mit uns sein, als wäre er nicht. Und während du glaubst, daß ich die einzelnen dem Staat, das Leben einem Begriff opfere, so ist es vielmehr der Begriff, den ich der Wirklichkeit unterordne, der Staat, den ich unterdrücke, indem ich ihn mit aller sozialen Tätigkeit gleichfahre.

... Mein Traum, der durchaus nicht mein Eigentum ist und der in diesem Augenblick von tausend und aber tausend Seelen geträumt wird — ist wahr und prophetisch. Jede Gesellschaft, deren Organe nicht mehr den Funktionen entsprechen, für die sie geschaffen wurden, und deren Glieder nicht mehr auf Grund der von ihnen verrichteten nutzbringenden Arbeit ernährt werden, stirbt. Schwere Erschütterungen, tiefgreifende Anordnungen gehen diesem Ende voraus und kündigen es an. Die feudale Gesellschaft war stark befestigt. Als aber die Geistlichkeit aufhörte, in ihr das Wissen zu verpacken und der Adel nicht mehr mit seinem Regen den Adersmann und den Handwerker beschützte, als jene beiden Stände zu aufgedunsenen und schädlichen Gliedern wurden, ging der ganze Körper zugrunde; eine unvorhergesehene und notwendige Revolution raffte den Kranken hinweg. Wer kann behaupten, daß in der heutigen Gesellschaft die Organe ihren Aufgaben genügen und daß alle Glieder im Verhältnis zu der von ihnen geleisteten nutzbringenden Arbeit ernährt werden? Wer kann behaupten, daß der Besitz gerecht verteilt ist? Wer kann letzten Endes an eine Dauer dieser Ungleichheit glauben?

**Das Proletariat.**

Ich bin das Proletariat. Meine Hände sind groß, wie Schaufeln. Mein Antlitz ist alt und rauh wie die Felsenwand. Mein Herz aber ist heiß und rot, und heiß ist mein Herz, wie das Herz des fruchtbaren Erdgeistes.

Sie haben mich viel gelästert, meine Feinde, die Reichen. Sie haben mich geschunden und gewiebert zu allen Zeiten. Mit allen Zungen der Welt haben sie mich verleumdet, Manchmal wohl domerte auf mein Horn, dann zitterten die alten Gesellschaftsformen.

Ich bin das Proletariat. Ich wachse auf wie ein Klee. Ich bin wie der Baum des Lebens; süße und schöne Früchte hängen an meinen hunderttausend Ästern. In meinem Blattpflege zwischern die Wägen der Kunst und die Wägen der Wissenschaft.

Ich bin das Proletariat. Meine Beine durchwaten die Meere. Ich bin wie eine Brücke, verbindend Kontinent zu Kontinent. Ich bin aber auch ganz klein. Ich, das Proletariat, bin wie ein Kind, unselbständig, gedankenerrissen; ich spiele mit Ideen, anfakt mit Ideen zu blühen.

Ich bin das Proletariat. An mich — Kind und Niese — glaubt aber die Menschheit. Die Menschheit glaubt an die Güte meines Herzens. Mein Herz sprach aus der Offenbarung Johanni, mein Herz gellallerte der Nazarener zu einer selten klaren Form: „Liebe du und zeuge du!“

Ich bin das Proletariat. Ich bin Hand. Ich bin die Hand der Ewigkeit. Ich bin das Werkzeug der Allmacht. Durch mich wird bereinigt das „Zwanzigjährige Reich“.

Nachts wohl träumen von mir die Junglinge und die Jungfrauen, da sehen sie mich über der Welt aufgehen, ich trage eine Krone, das Sternendämon. Ich bin weißlich, ich bin die Fruchtbarkeit, Mütterlichkeit, Korn, Milde und Zukunft. Ich bin das Proletariat! Mar Torii.



Nahmen gläser, indem er sie zu Rahmen für Fenster ermannte, für sich beanspruchte; er hat nachgewiesenermaßen auch Miet- und Mantelgläser bei sich aufgenommen. Was zu beweisen da...

Die „Holzarbeiterzeitung“ stützt sich auf den Entscheid des Schiedsgerichts vom 29. November 1922. Na, merkt sie denn nicht, daß auch dieser Schiedspruch ihren Grundsatz „vom letzten und entscheidenden Wort“ über den Haußen weist? Die Mitglieder des Glaserverbandes hatten in ihrer Urabstimmung mit 2434 gegen nur 278 Stimmen beschlossen, geschlossen dem Baugewerksbund beizutreten. Das war „das letzte und entscheidende Wort“ der Mitglieder. Aus Gründen der gewerkschaftlichen Disziplin verlangt die „Holzarbeiterzeitung“, daß jeder sich dem Beschluß der Mehrheit fügt. Der Holzarbeiterverband aber nahm die Mitglieder des Glaserverbandes in Karlsruhe noch schnell, 24 Stunden vor der Urabstimmung, auf, womit er dem Grundsatze der „Holzarbeiterzeitung“, dem letzten und entscheidenden Wort habe sich jedes Mitglied aus Gründen der Disziplin zu fügen, einen schallenden Badenstreich versetzt. Aber immerhin, auch hier hätte man das Delorom zu wahren gesucht: nämlich nur, daß es zu jedenschweigend ist und der Disziplinbruch an allen Ecken und Stanten durchschimmert. Und das Schiedsgericht, bestehend aus sechs prominenten Gewerkschaftsführern, gibt mit seinem Schiedspruch dem Grundsatze der „Holzarbeiterzeitung“ gleichfalls die Axt. Merkt das Blatt denn gar nicht, daß es sich mit seinen eigenen Argumenten aufs Erdreine setzt?

Und nun nur noch einige Worte. Wenn die „Holzarbeiterzeitung“ sagt, Fensterrahmenglaser sind Fensterrahmenglaser und gehören folglich in den Holzarbeiterverband, mit welchen Gründen will sie dem Baugewerksbund zu sagen verwehren, Steinseher sind Bauarbeiter und gehören in den Baugewerksbund? Logik, Logik, liebe „Holzarbeiterzeitung“, sonst taugt solche Polemik nichts! Die „Holzarbeiterzeitung“ sagt: Wir haben uns darauf beschränkt, dem Versuch des Mitarbeiters des „Grundstein“, das Gewerkschaftsrecht umzubiegen, entgegenzutreten. Auf diesem Gebiete darf man uns schon einige Sachkunde zutrauen. Wie denn? Auf dem Gebiete des Umhügens des Gewerkschaftsrechts?

Mehr Bauhüttengeist!

Die Nr. 22 der „Sozialen Bauwirtschaft“ vom 15. November enthält den Abrud eines Vortrages, der auf der Tagung des „Deutschen Wirtschaftsbundes“ für das Baugewerbe am 25. Juli 1923 von einem Vertreter der sogenannten Abwechslung für Sozialisierungsbestrebungen gehalten wurde. Dieser Vortrag ist für jeden gewerkschaftlich organisierten Bauarbeiter von großer Bedeutung; denn in ihm werden die Bauhütten als vollwertige Gegner anerkannt. Zur Zeit der Entstehung der Bauhüttenbewegung wurde ihr von den Unternehmern ein halbes hundert Jahre vorausgesagt. Die eben erwähnte Anerkennung wurde noch zur Zeit der großen Inflation ausgesprochen. Heute haben die Betriebe nun auch schon ein Jahr Stabilisierungsstrife hinter sich und stehen nach wie vor den Unternehmern als sehr ernst zu nehmende Rivalen gegenüber. Überall, wo Bauhüttenbetriebe sind, beweisen sie ihre Konkurrenzfähigkeit. Die Unternehmer haben sie zu lernen müssen, die Bauhüttenbetriebe als leistungsfähig anzusehen. Unter dem Druck dieser Tatsachen mußten die Unternehmer die Festsetzung der Preise durch die zuständige Arbeitgebervereinigung aufgeben, um überhaupt mit den Bauhüttenbetrieben in Wettbewerb treten zu können. Die Folgen für die Unternehmer sind nicht gerade golden. Denn gegenwärtig kann festgestellt werden, daß an vielen Orten eine regelrechte Schmutzkonturrenz an der Tagesordnung ist. Es macht ganz den Eindruck, als ob diese Schmutzkonturrenz von den Unternehmern absichtlich angewendet wird mit dem bestimmten Ziel, die Bauhüttenbetriebe von öffentlichen Wettbewerben fernzuhalten. So sind die Unternehmer gezwungen, ihre Preise abzugeben; in vielen Orten sind denn auch kleinere Unternehmer heute schon billiger als unsere Bauhüttenbetriebe. Hier ist es Pflicht unserer Kollegen, die bei solchen Willkürmachern arbeiten, diesen Herren genau auf die Finger zu zeigen, ob die Ausführungsbestimmungen in Bezug auf Materialverwendung genau eingehalten werden. Denn auf die angebotene Arbeitsleistung kann sich kein Unternehmer stützen. Wollte er das, dann müßte jeder Maurer vier Hände und jeder Stein- und Kalkträger vier Beine haben. Denn die Bauhütten sind manchmal trotz der besten Arbeitskräfte nicht in der Lage, so billig zu veranlagern, wie die Unternehmer. Kapital zum Drauflegen haben aber die Bauhüttenbetriebe nicht. Darum müssen wir uns andere Wege suchen. In erster Linie ist es wichtig, Einfluß auf die Politik zu gewinnen. Dazu gehört vor allen Dingen, daß jeder Arbeiter sich politisch organisiert. Weshalb kann man beobachten, daß in den Bauhütten, während der Kämpfe viel politisiert, nach mehr aber auf die politischen Parteien geschimpft wird. Bestraucht man die Waulaufreiter näher und fordert einen Beweis über ihre Parteizugehörigkeit, so bekommt man Flecken zu hören wie: „Ich diese Lumpen habe ich keinen Flecken übrig.“ Das ist dann aber nur ein Beweis für die große Engstirnigkeit dieser Kollegen. Daß wir auf jeden denkenden Menschen klar sein. Pflicht jedes politisch gesinnten Bauarbeiters ist es, seine umwundenen Kollegen durch Wort und Schrift aufzuklären. So sollte die „Soziale Bauwirtschaft“ von jedem Kollegen gelesen werden. Dieses Heft, das alle 14 Tage erscheint, wird sogar den Unternehmern als musterhaft bezeichnet, die darin befindlichen Artikel über wirtschaftliche Betriebsführung dieser Zeitschrift ist es jedem Kollegen möglich, sich mit Zeitschrift zu erfüllen. Er kann aber auch aus dieser Zeitschrift erfahren, was von den Bauhütten geleistet wird. Es seien einiger Hefte wird manchen Gegner der Bauhüttenbewegung ändern Sinnes machen. Wenn auf die Wichtigkeit der politischen Organisation hingewiesen wurde, so ist dabei zu beachten, daß die Bauhütten nicht ein Stück Gewerkschaftsarbeit sind. Über die

Gewerkschaften, Konsumvereine und dergleichen können die Bauhüttenbetriebe nicht genügend mit Aufträgen versehen. Eine ausreichende Beschäftigung kann nur durch Aufträge der Staaten, Städte und Siedlungsgenossenschaften sichergestellt werden. Bei der Vergabe dieser Aufträge sind aber immer wieder bestimmte Personen maßgebend. Sind diese reaktionär, so können unsere Betriebe von dort keine Aufträge erwarten. Darum muß es unsere Aufgabe sein, politisch uns nahelebende Personen in Stellen zu bringen, wo sie entsprechenden Einfluß haben. Haben wir in den Stadtparlamenten eine Einkommensmehrheit, so muß sie dafür sorgen, daß den zukünftigen Bauhütten sämtliche städtischen Arbeiten übertragen werden. Wo bürgerliche Mehrheiten in den Stadtparlamenten sind, bekommen unsere Betriebe keine Arbeiten, ob sie nun billiger sind oder nicht. Gerade deshalb müssen sich auch unsere Vertreter einseitig einstellen und mit den Bauhütten Hand in Hand arbeiten. Wir müssen vorwärts. Je schneller wir das Privatkapital beiseite schieben können, um so besser ist es für die Arbeiterklasse.

Wenn man nun Forderungen stellt, so muß man auch versuchen, den gestellten Forderungen gerecht zu werden. Alle Arbeiter, die den Bauhütten übertragen werden, müssen solide und fachmännisch ausgeführt werden. Will man dann aber billig sein, so muß man sich auf die Leute, die die praktische Arbeit ausführen, verlassen können. Darum muß sich jeder Bauhüttenarbeiter bewußt sein, daß es hier seinem eigenen Werke gilt, das erfordert, daß jeder Kollege sein gesamtes geistiges Können und seine Kraft den Bauhütten zu jeder Zeit zur Verfügung stellen muß. Tut er das, dann muß das Werk gelingen. Drum frisch ans Werk! Wo ein Wille, da ist ein Weg. Karl Weiser, Crimmitschau.

Die Arbeitsleistungen im Baugewerbe.

Unter dieser Ueberschrift stimmt die „Baugewerkszeitung“, das Organ der deutschen Innungsräte, in ihrer Nummer 46 ein Freundesgeheut an. Sie habe es schon immer gesagt, daß die Arbeitsleistung der Bauarbeiter seit dem 1. November 1918 nur noch 60 bis 65 % der Vorkriegsleistung betrage. Die bösen Gewerkschaften hätten zwar immer behauptet, daß sei starke Uebertreibung und voreingenommene Kritik. Sie wiesen auf die sozialen Baubetriebe hin, wo durch geschickte Disposition die Arbeitsleistungen der Vorkriegszeit erreicht wurden. Das Blatt sagt dann wörtlich: „Auf diese neuartigen Behauptungen hin gab es sogenannten „Wirtschaftler“, die ihre frühere Kritik laßschicklich im Sinn der Gewerkschaften änderten, weil sie jedenfalls dort einige Fühlung erhalten hatten, die ihnen mehr einbrachte, als wenn sie die heutigen Arbeitsleistungen rein objektiv betrachteten.“ Nun aber sei alle diese Sophistik hinfallig; denn das Statistische Reichsamt habe „Indeziffern“ veröffentlicht, nach denen für den Bau einer Zimmerwohnung im Jahre 1918 580 Bauhandwerkerstunden und 400 Hilfsarbeiterstunden erforderlich waren, während die Beschaffung einer gleichen Wohnung im Jahre 1923 300 Bauhandwerkerstunden und 550 Hilfsarbeiterstunden erforderte. Mit dieser Feststellung ist nach Meinung der „Baugewerkszeitung“ „jede Wortbrecherei der Gewerkschaften entlehrt.“ Diese hätten zwar bisher die Wägen mit leeren Worten regiert, aber das werde nun durch diese „praktischen Zahlen“ halb unmöglich sein.

Somit die „Baugewerkszeitung“. Wir möchten dazu zunächst feststellen, daß zu den „ sogenannten Wirtschaftlern“, denen die Fühlung mit den Gewerkschaften mehr einbrachte als eine objektive Betrachtung der Arbeitsleistungen, nach der Auffassung der „Baugewerkszeitung“ dann auch wohl der zweite selbstvertretende Vorsteher des Deutschen Arbeiterbundes für das Baugewerbe, Baumeister Wolf aus Dresden, gehört, der schon im Jahre 1922 als Sachverständiger vor dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages erklärte, die Arbeitsleistungen der Bauarbeiter seien allgemein so wie vor dem Kriege. Die Arbeitsleistung sei nur insoweit gesunken, als die Arbeitszeit verürzt sei. Wir gratulieren Herrn Wolf zu dieser wahrheitsgemäßen auch „objektiven“ indirekten Charakterisierung seiner Person durch die „Baugewerkszeitung“. Jedenfalls ist die Freude der „Baugewerkszeitung“ an diesen „praktischen Zahlen“ aufrichtig. Es ist nicht das erste Mal, daß sich ähnliche Indeziffern als sehr „praktisch“ für die Unternehmer erweisen. Zum Beispiel die Reichsindeziffern für die Lebenshaltung. Damit kann man auch immer so schön „beweisen“, daß die Arbeiter gar nicht so hohe Löhne gebrauchen. Diese Ziffern hatten nur den kleinen Fehler, daß sie nicht mit der Wirklichkeit in Einklang zu bringen waren; deshalb glaubt diesen Zahlen jetzt kein Mensch mehr. Dazu kommt, daß man Zahlenangaben der „Baugewerkszeitung“ mit Vor sicht genießen muß. Uns sind schon einmal Zahlen einer amtlichen Statistik beanstandet worden, die wir in gutem Glauben aus der „Baugewerkszeitung“ übernommen hatten. Der Artikel der „Baugewerkszeitung“ besagt aber offenbar einen höheren Zweck als die Feststellung über die gesunkene Arbeitsleistung, sonst wären nämlich die Bemerkungen über die Arbeit nicht zu verstehen, die der Artikel enthält. Die „praktischen Indeziffern“ sollen offenbar vorhandene Lohnerhebungsgefühle rechtfertigen. Der Artikelsschreiber stellt nämlich fest, daß in Groß-Berlin etwa 75 % aller Neubau-Maurerarbeiten in Afford ausgeführt würden. Unter diesen Umständen könnte also eine gesunkene Stundenleistung der Bauarbeiter die Lasten nicht stark beeinflussen, sie brauchte also auch die Innungsmeister nicht aufzuregen. Aber — jetzt kommt der Pferdeschuh zum Vorschein! — die Gewerkschaften wollen durch ihre Taktik erreichen, durch Tarifisierung der Affordarbeit diese den Unternehmern zu verleißen.

Das ist wirklich ein wertvolles Eingeständnis! Eine durch Tarife geregelte Entlohnung der Affordarbeit wäre also inslande, den Unternehmern die ganze Affordarbeit verleißen. Dann würden sie lieber noch bei Zeitlönen, das Risiko der gesunkenen Arbeitsleistung auf sich nehmen. Gar so schlimm scheint es damit also nicht zu sein. Unsere Kollegen aber sollten sich nach diesem Geständnis der Innungsmeister merken, daß sie mit wilden Affordabschlüssen nur die Gefühle der Unternehmer besorgen.

Vollgewissenlogik.

Ueber Vollgewissenlogik möchten wir in den nachstehenden Zeilen schreiben. Sehen wir zu, ob uns das gelingt. Also los: „Stillschweigen oder sogar ein freundlicher Ton ist diesem Augenblick seitens derer, die wirklich im Einklang haben, die Solidarität der internationalen Arbeiterklasse herbeizuführen, wird mehr dazu beitragen, eine Organisation zu schaffen, die fähig ist, einen Angriff im Weltmaßstab zu führen gegen den Kapitalismus wie auch gegen die Methode der Kompromisse und der Stagnation. Für dieses Ziel können wir alle wirken.“

Dieser Ausspruch entstammt einem Schreiben des englischen Gewerkschaftsführers Purcell, das dieser, als die deutschen Arbeiter gerügt und den das Blatt der Ausgeriffenen, „Der Bauarbeiter“, in seiner Nummer 2 in auffälliger Fettdruck seinen Lesern vorsetzt. Wenn man so etwas ohne jede Bemerkung an hervorragender Stelle nachdruckt, dann ist damit der Wille ausgedrückt, diese Aufforderung gemäß zu handeln. Amer Purcell, hat Du eine Meinung vom deutschen Vollgewissen! Der hat Moskau, aber nicht London zu gehören! Das Ausgeriffenenblatt beweist nämlich gleich ganze 4 Seiten lang wie es sich den von Purcell geforderten „freundlicheren Ton zur Herbeiführung der Solidarität der internationalen Arbeiterklasse“ vorstellt. Es schimpft und spuckt nach alter Manier über den Baugewerksbund und dessen Leistung es verdächtigt das Blatt des Malerverbandes, das Blatt des Zimmererverbandes und andere „sozialverräterische Stellen, kurz, der dort drüben bereits historisch gewordenen Gröhenwahn nimmt schon überbedenkliche Formen an.“

Vor allem teilt das Blatt auch den „Grundstein“ an Unter anderem erwähnt es, nachdem es sich genügen geliebt über unsere offene Stellungnahme für die Sozialdemokratie anlässlich der letzten Reichstagswahl, den folgenden Satz aus unserm Aufsatz in Nummer 49 „Politische Neutralität“: „Man sage nicht zur Entschuldigung, die Wahlnummer des „Bauarbeiter“ sei erst beantragt durch die Stellungnahme des „Grundstein“. Wir dürfen überzeugt sein, daß diese Wahlnummer auf jeden Fall gekommen wäre.“ Dazu erhalten wir folgenden Rüssel von dem Ausgeriffenenblatt: „Der „Grundstein“ mag sich ein für allemal merken, daß der „Bauarbeiter“ beziehungsweise der „Verband der Ausgeriffenen“ niemals seine Handlungen entschuldigen wird mit der Haltung beziehungsweise Tätigkeit der Bureaucratie des Baugewerksbundes oder des „Grundstein“. Der „Bauarbeiter“ nimmt zu allen Dingen Stellung, ohne sich im geringsten darum zu kümmern, ob das dem „Grundstein“ gefällt oder nicht. Wenn der „Grundstein“ jetzt glauben machen will, er sei nur deshalb für die Sozialdemokratische Partei eingetreten weil er überzeugt war, der „Bauarbeiter“ werde doch auf jeden Fall gegen die SPD. Stellung nehmen, so gibt er damit bewußt und unbewußt seine führende Stellung in der Bauarbeiterklasse auf und anerkennt den „Bauarbeiter“ als führende Organ der deutschen Bauarbeiterbewegung. Damit erneuert sich das Ausgeriffenenblatt selbst zum führenden Organ in der Bauarbeiterbewegung. Ein solche Selbstbeweihräucherung — vor allem angesichts der demographischen Inhalt dieses Blattes — kann man nur noch höchbedenklichen Gröhenwahn nennen. Niemand will der „Bauarbeiter“ beziehungsweise der „Verband der Ausgeriffenen“ — es ist außerst späßig, daß das Blatt den Namen seiner Organisation selbst in Gänzförmigen Heide — seine Handlungen entschuldigen mit der Haltung der Bureaucratie des Baugewerksbundes oder des „Grundstein!“ — Also bramarbasch das Ausgeriffenenblatt gleich einem spanischen Warden. Wir wollen dem Blatt verzeihen, daß unsere Parteinahme für die Sozialdemokratie auf dieser Reichstagswahl von vornherein feststand. Doch wie ist uns denn? Stand nicht in dem von uns in unserm Artikel „Politische Neutralität“ erwähnten Vollgewissenflugblatt, es solle eine besondere Wahlnummer des „Bauarbeiter“ herausgegeben werden, die sich besonders mit dem Artikel in Nummer 47 des „Grundstein“ beschäftigen sollte? Danach hätte dann ja doch der „belanglose“, der „abgebannte“ „Grundstein“ den Ausgeriffenen ihre Stellungnahme zur Reichstagswahl vorgelesen! Unter diesen Umständen wird wahrhaftig das selbstbeweihräuchernde, unmaßbare Sich-in-die-Welt-schmeißen des Ausgeriffenenblattes nur um so drohlicher und clownhafter...“

Doch lassen wir das. Wir möchten mit leiseren Vollgewissenkanten nicht polemisieren. Das wäre für sie eine unbedeutende Ehrgung. Sie sind keine Gegner, die irgendwelche Achtung beanspruchen dürfen. Unsere Selbstachtung gebietet uns uns von Gegnern fernzuhalten, die sich zu Selbstgefälligkeiten der Reaktion profilieren, deren Handeln nur von maßlosem Haß und niedriger Verleumdungswut uns gegenüber diktiert ist. Nur hingediegen wollten wir haben auf den Ausspruch Purcell's, der einen freundlicheren Ton empfiehlt: „Interesse der proletarischen Einheitsfront“ Unbachtelstherausdruck das Blatt dies gleich einer hohen Offenbarung in Fettdruck nach, um dann nach althergebrachtem Manier weiterzuleiten und alles zu bespeisen, was anderer Meinung ist als die lindenisierte Vollgewissenleuchtungs dieses Blattes. Das ist Vollgewissenlogik. Auf diese Weise schmiedet dieses „führende Blatt aller Bauarbeiter“ die proletarische Einheitsfront...“

Doch lassen wir die Chemnitzer Bittel weiterlesen. Ernst zu nehmen war sie noch nie. Und zwei Wüderungsgeunde stehen ihr zur Seite: Einmal kann sie nicht ändern. Und zum anderen ist sie hinlänglich geschäftigt durch § 51 des Strafgesetzbuches...

Lebensziel.

Arbeits, dein Wort, Nimm, was kein und gemein, Papier dir fort, schenke, und gibt Glück-Connen. Wandle zum Licht, Nach heiligem Plan, Wegweiser Pflicht, Führt dich sicher hinan. Arbeit, dein Wort, Nimm, was kein und gemein, Papier dir fort, schenke, und gibt Glück-Connen. Schenkt dir die Kraft, Der Gesundheit zürst, Dir den Frieden, das Glück, Was dein Manne.

Streiks und Lohnbewegungen.

Maurer, Bauhilfsarbeiter und Tiefbauarbeiter: Im Streit oder ausgeperrt sind die Kollegen in Chemnitz (Schächtsche Baugesellschaft), Einbeck, Jahnitz (Biegelewert, Merkur), Saarbrücken (alle Grubenbauten), Werdau an der Alster.

Glaser: Gesperrt ist die Firma Küster in Köln a. Rh. Lötzer: Gesperrt wird in Sildesheim. Gesperrt sind die Maschinenfabriken in Doss in Baden, Angerburg, Konwert Poppot bei Danzig (Inhaber Freiwald).

Der neue Posttarif.

(Gültig vom 1. Januar 1925 an.)

Table with columns: Postarten, Ortsverkehr, Fernverkehr, 3 A, 5 A. Rows include Briefe bis 20 g, Postdruckfachen bis 50 g, Teildruckfachen und Bücherzettel bis 50 g, Voll- und Teildruckfachen bis 100 g, Geschäftsbriefe bis 250 g, etc.

Für je weitere 100 M. Wertangabe erhöhen sich die Sätze um je 5 A.

Postanweisungen

Table with columns: bis 25 M., bis 50 M., bis 100 M., bis 200 M., bis 500 M., bis 1000 M. Rows include Postanweisungen, Besondere Postanweisungen, etc.

Anzahlgebühren für Postschek. Jede Barauszahlung 15 A und 1/2 vom Laufend des Scheckbetrages.

Ueberweisungen von Beträgen von einem Postcheckkonto auf ein anderes sind gebührenfrei.

Einschreibsendungen. Neben der sonstigen Gebühr 30 A Postanträge. (Meißelbetrag 1000 M.) 20 "

Nachnahmeleistungen. Neben der sonstigen Gebühr 10 A (Meißelbetrag 1000 M. und Frantaturzwang.)

Einsendungen im Ortsstellbezirk. Neben der sonstigen Gebühr. 30 A Fernstellbezirk. 60 A

Erhalt eines Kaufschreibens. 20 "

Pakete (Frantaturzwang) Entfernungen: 1. Zone = 75 km, 2. Zone = 375 km, 3. Zone = über 375 km.

Table with columns: Gewicht, 1. Zone, 2. Zone, 3. Zone, 1. Zone, 2. Zone, 3. Zone. Rows include bis 5 kg, bis 10 kg, bis 15 kg, bis 20 kg, bis 25 kg, bis 30 kg, bis 35 kg, bis 40 kg, bis 45 kg, bis 50 kg.

Dringende Pakete dreifache Gebühr und Silberstellgebühr im Ortsstellbezirk. 50 A im Fernstellbezirk. 100 "

Wert- und Einschreibepakete werden als "dringend" nicht angenommen.

Päckchen. Bis 1 kg 30 A. Frantaturzwang. Zugelassene Maße 25x15x10 cm oder Rollen 30 cm lang, 16 cm hoch. Nach dem Saargebiet unzulässig. Die Sendungen müssen die Aufschrift "Päckchen" tragen.

Telegramme. Jedes Wort im Ortsverkehr 5 A, im Fernverkehr 10 A. Mindestbetrag 8 Worte oder 40 resp. 80 A. Brieftelegramme das Wort 5 A.

Auslandsgebühren. Sendungen (gewöhnliche Briefe und Postkarten) nach Danzig, Kiewen, Meneleget, Lugensburg und Oesterreich sind in gleicher Höhe wie im Inland zu frankieren.

Nach den übrigen Ländern kosten Briefe bis 20 g 25 A, für jede weiteren 20 g 15 A; Postkarten 15 A. Weitere Auskunft gibt jede Postanstalt.

Postdruckfachen dürfen außer den zulässigen Vermerken (Absender und dessen Adresse) keine handschriftlichen oder mit Maschine geschriebenen oder gestempelten Mitteilungen enthalten.

In Teildruckfachen sind Berichtigungen, Anzeichnungen, Ergänzungen offener Stellen bis zum Umfang von zusammen 6 Wörtern zulässig, wenn damit keine Mitteilungen an den Empfänger erfolgen.

Geschäftspapiere (als solche gelten Abrechnungen, Mitgliedsbücher, ausgefüllte Quittungen usw.) müssen in unvergeschlossenem Umschlag verpackt werden. Irigendwelche Mitteilungen beizulegen, ist unzulässig.

Aus den Baugewerkschaften.

Publik. Bekanntlich erklären die sogenannten Kommunisten sich nur deshalb in unserm Bunde aufzuhalten, um die Massen aufzurütteln. Dieses "Aufzurütteln" besteht in Heberei und Spionage. Aber das bekommen die Kollegen nun nachgerade mit. Es ist nicht die "Aufklärung" aufzugeben, die wir suchen, sondern die "Aufklärung" der Kollegen. Ein Beispiel aus unserer Baugewerkschaft: Der Vorsitzende unserer Baugewerkschaft, früher Mitglied der SPD, hat diese "Partei", angewidert durch deren Politik, den Rücken gelassen. Das löste natürlich den Jorn des "Präsidenten" der hiesigen SPD (der gleichfalls Mitglied der Baugewerkschaft ist) aus, mit der Erwartung des Vorstandes taugte der Kollege und bei der Wahl nichts mehr. Er sei ein reformistischer Kollege und müsse verschwinden. Die vorgebrachten Gründe erklingen aber den Kollegen nicht stichhaltig, bei 2 bis 3 Stimmenthaltungen wurde der alte Vorstand einstimmig wiedergewählt. Bei seiner "Kritik" des Vorsitzenden machte der Postjugender das wertvolle Eingeständnis: "Wir können es ja trotz unserer Kritik nicht besser machen, im Grunde genommen, geht es ja auch nicht anders." Dann aber ging das Gesimpfe los über das Gend der Gewerkschaften und die schlechte Wohlfahrtspflege. Unser Vorsitzender ist Degenert für Wohlfahrtspflege, auf diese Weise konnte er leicht doch noch "unpopulär" gemacht werden. Die SPD-Leute ist aber selbst Mitglied der Wohlfahrtsdeputation. Und trotz seiner positiven Mitwirkung in den Sitzungen des Wohlfahrtsamtes verkehrte er sich in seine eigene Tätigkeit. In seiner Erziehung führte ihn unser Vorsitzender gründlich ab. Jedenfalls hat die SPD-Leute später - gewöhnheitsmäßig - beim Wubdel Köhm an der Kommit die "Bongen" weiter heruntergerissen. Diese Art Werbearbeit für die SPD, können wir uns aber gefallen lassen. Denkende Kollegen rüden von diesen Spionagearbeiten ab. Und sie werden sich mit uns darauf einstellen, Schritt für Schritt dem Kapital das abzurufen, was nötig ist, um eine gesunde Wohlfahrtsarbeit aufzubauen. Wir wollen uns den Sozialismus, dieses edle Zukunftsgut, mit edlen Mitteln erringen. Einig und stark, frei von jedem Spionagegeist wollen wir praktische Gewerkschaftsarbeit betreiben im gegenseitigen Vertrauen, zum Wohle aller, im Schutze unseres Baugewerksbundes. Mit diesem Voratz simein ins neue Jahr!

Halle. In einem Bericht in Nr. 48 des "Grundstein" legen wir uns Beispielen die bösen Folgen der Organisationsstärkung dar. Trotzdem wird die Schuld an den nunmehr eingetretenen Zuständen nicht der Organisationsleitung zugeschoben, sondern weil wir überzeugt sind, daß diese Zustände nach der Spaltung nicht zu vermeiden waren - wird im Organ der "Ausgerissenen", im "Bauerbeiter", doch versucht, dem Baugewerksbund die Schuld an diesen Zuständen zuzuschreiben. Wir bringen deshalb weitere Beispiele, die zeigen, wie sich die Dinge hier entwickelt haben und wo die Schuldigen sind, wenn es denn einmal klug geben soll. Auf Grund der Arbeitszeitordnung glauben auch die Arbeitgeberverbände des Baugewerks, die Arbeitszeit verlängern zu müssen; sie sindigen bei im Tarifvertrag festgelegten Arbeitsstunden. Einigungsverhandlungen im Arbeitsministerium scheiterten an dem festen Willen der gewerkschaftlichen Parteien. Ein Schiedsgericht des Schlichters für den mitteldeutschen Bezirk, der eine Arbeitszeit von über 8 Stunden vorsch, wurde von den Vertretern des Baugewerksbundes glatt abgelehnt. Heftige Kämpfe entbrannten um die Erhaltung der achtstündigen Arbeitszeit in großen Betrieben des Reiches. Es lag nun an den Bauarbeitern selbst, sich gegen die Mißbill der einzelnen Unternehmer zu wehren. Leider fanden sich auch in Halle Kollegen, die bereitwillig der Forderung der Unternehmer nach Mehrarbeit Folge leisteten. So hatten die Arbeiter der Allgemeinen Bau-Altien-Gesellschaft auf der Baustelle Elektrizitätswerk, Halle-Zrotha, durch Abstimung beschloffen, 10 Stunden täglich zu arbeiten. Darunter befanden sich neben Indifferenten auch Mitglieder des Ausgesprochenen-Verbandes. Unsere Ermahnungen blieben fruchtlos. An einem Umbau in der Rauschenstraße 18 wurden in der Zeit vom 12. bis 24. April 1924 an bestimmten Tagen 9 bis 11, ja sogar 14 Stunden gearbeitet. Der Ausführende, Maurermeister W r d m e, hat nicht wenig gekaut, als ihm der Wochenzettel vorgelegt worden ist. Er hatte keinen Auftrag zu solcher Arbeitszeit gegeben. Die dort Beschäftigten waren keine Mitglieder des Baugewerksbundes, sondern überwiegend revolutionäre "Ausgerissene". Die Baustelle Merseburger Straße 151 ("Autokühn") wurde am 5. November von 2 Vertretern der Baugewerkschaft Halle besucht. Die dort beschäftigten Mitglieder des Baugewerksbundes erklärten wegen der Ueberziehung der Arbeitszeit: "Als wir hierher kamen, waren schon mehrere Kollegen von Steig hier, und wir mußten mitmachen, die Arbeitszeit muß wie in der Fabrik eingehalten werden." Die "Ausgerissenen" hatten sich also dem Willen des Herrn Kühn zu erst gefügt. - Zum Kapitel "Hilfsarbeiter" möchten wir an den geistigen Герос des "Ausgesprochenen-Verbandes" in Halle noch einige Fragen richten. Kann er sich des Telephonegesprächs mit dem Kollegen Förster erinnern, dem er auf eine Anfrage nach der Ausdeutung der Hilfsarbeit antwortete, daß 65 bis 70 % in Afford arbeiteten? Hat er Kenntnis, daß auf der Baustelle Artilleriestraße (Mitteldeutsche Bauzentrale) nur von Mitgliedern des Ausgesprochenen-Verbandes Putzarbeit in Afford verrichtet wurde? Wie dent er die Kollegen Crain, W r s i g e r usw., die mit der Firma Bode den Vertrag für Putzarbeit abgeschlossen und hinterher den Kollegen W e i n r i d, weil er angeblich nicht genügend geschuft hatte, mit einem geringen Bruchteil vom Hilfsarbeiter ab auf dem Neubau von 5 a o d, Delfischer Straße? Sind dort Baugewerksbündler beschäftigt oder in der Werkstatt Mitglieder seiner Gauen? Woher bekommen denn die Maurer auf dem Werk die fünfjährigfristige in die Hand gebracht? Sollten das für einzelne nur Privaten sein und die andern frei ausgehen? Nun, Kollege Steig, beachte das als "Ueberbetsel" aus der früheren Baugewerkschaft, er fühlte sich stark genug, solche Zustände mit einer Handbewegung zu beseitigen; aber trotz aller in Versammlungen gehaltenen Beschlüsse und Resolutionen sieht die Hilfsarbeiter in der herkömmlichen Weise. Wir sind weit davon entfernt, einer Organisationsleitung die Schuld beizumessen, wenn die Mitglieder nicht Folge leisten, aber

dann darf man sich selbst nicht auf das hohe Pferd setzen. Schuld an solchen üblen Zuständen ist einzig und allein die Zerreißen der Arbeitergesellschaft. In einem der verschiedenen Organisationsarten. Nach unserer Ueberzeugung können die Berufscollegen, denen die Hilfsarbeiter aufgegeben ist, oder die sie auch freiwillig ausüben, vor Ausbeutung nur geschützt werden, wenn die Hilfsarbeiter durch die zuständige Organisation fest vereinbart werden. Das kann aber, trotz aller besten Hege und Beschimpfungen, nur der Baugewerksbund sein!

Stade. In der am 2. Januar abgehaltenen Generalversammlung, in der die Jahresabrechnung und der Kartellbericht gegeben wurde, wurde der alte Vorstand wiedergewählt. Beschäftigt wurde gerügt, daß die Kollegen der Firma B i n d e m a n n die Versammlungen nicht besuchen. Wir haben alle Ursache, auch in neuen Jahre fest zusammenzustehen; dazu gehört vor allem auch ein reger Meinungsaustausch; der mit Erfolg nur in den Versammlungen gepflegt werden kann. Deshalb besucht die Versammlungen!

Aus den Fachgruppen.

Bau-Werkmeister.

Stralsund. Am 4. Januar tagte hier eine Fachgruppenversammlung, zu der auch die Kollegen des Zimmerer-Obmann der Gruppe, gab bekannt, daß der Vorsitzende des Arbeitgeververbandes an den Polierbund ein Schreiben gerichtet hat, wonach den Polieren auf Grund der kürzeren Arbeitszeit auch ein entsprechender kürzerer Lohn gezahlt werden soll. Einige Unternehmer haben davon bereits Gebrauch gemacht. Aufgabe der Organisation sei es, diesen Angriff der Unternehmer mit allen Mitteln abzuwehren. Der Vorsitzende des Poliervereins ergänzte den Bericht durch Verlesen des Schreibens der Unternehmer und der Schreiben des Bezirksleiters Werner in dieser Sache. In einem Schreiben sagt Werner: "Der Lohn der Poliere ist durch Zugrundelegung einer 48-Stunden-Woche und unter Berücksichtigung der immer wiederkehrenden kürzeren Winterarbeitszeit zulande gekommen. Wenn in der protokolllarischen Erklärung gesagt ist: 'Wendet sich die zur Zeit bestehende Arbeitszeit oder ändern sich die Höhe der Bauarbeiter, dann ändern sich auch die Besätze der Poliere im gleichen Verhältnis', so sei dies auf seinen Wunsch gesehen, daß, falls längere Arbeitszeit und höhere Löhne für das Baugewerbe tariflich festgelegt würden, sich dann auch die Wodenzahl der Poliere dementsprechend erhöhen." Unser Reichsfachgruppenleiter Kollege Peters meinte, daß hier ein Verstoß gegen Treu und Glauben vorliege. Der Lohn der Poliere könne sich unmöglich nach der jeweiligen Arbeitszeit der Bauarbeiter richten, es sei denn, dies würde ausdrücklich vereinbart. Es sei sicher wieder die Ansicht eines der juristischen Berater des Arbeitgeberverbandes, aus der protokolllarischen Erklärung das Recht einer Lohnzahlung herzuholen. Bei den Verhandlungen zum Reichstarif haben die Unternehmer immer erklärt, der Lohn der Poliere müsse eine Höhe aufweisen, womit sich auch die kürzere Winterarbeitszeit rechtfertigen lasse. Das Vorgehen der Unternehmer beweise, daß Tarifverträge klar und deutlich abgefaßt sein müssen, was bei dem jetzt bestehenden leider nicht der Fall sei. Jetzt sei es aber, wegen solcher Differenzen zu streiten. Wir erwarten vom Polierbund, daß er eine grundsätzliche Entscheidung annehmen. Wir werden die Unternehmer, die Lohnabgabe vor auf diesem Wege zu unserm Recht gelangen. Folgende Entscheidung wurde einstimmig angenommen: Die Versammlung der Baupolier Straßfunds protestiert energig gegen den geplanten Lohnabgabe und verlangt, daß der Lohn der Poliere im Winter in der gleichen Höhe gezahlt wird wie im Sommer. Die Versammlung beschließt, alle gewerkschaftlichen Mittel anzugewenden, um die Unternehmer zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen zu zwingen. Gegen die Unternehmer, die bereits den Lohnabgabe verweigert haben und sich nicht bereit erklären, die abgesetzene Summe nachzahlen und in Zukunft den tariflichen Lohn zur Anwendung zu bringen, soll Klage erhoben werden. Der Reichsfachgruppenobmann des Deutschen Baugewerksbundes, Reichsfachgruppe Bau-Werkmeister, wird beauftragt, die Angelegenheit vor dem Gewerbergericht in Stralsund zu vertreten. - Dann hielt Kollege Peters noch einen kurzen Vortrag über die notwendige Gestaltung der Bau-Werkmeister-Bewegung. Vorkommnisse, wie in Stralsund, sind nur möglich, weil den Unternehmern die organisatorische Zersplitterung der Bau-Werkmeister bekannt ist. Die Unternehmer denken gar nicht daran, die einer kleinen Gruppe gemachten Zugeständnisse zu respektieren, wenn sie nicht durch eine große Organisation gestützt werden. Der Fall lehre, daß sich die Poliere zusammenfinden müssen. Wenn sich die Poliere mehr als bisher mit dem Wesen der Gewerkschaftsbewegung vertraut machen, müssen sie zu der Ueberzeugung kommen, daß sie bedeutungslos in der Gewerkschaftsbewegung sind, wenn sie Sonderorganisationen nachlaufen.

Zum 15. Februar erscheint eine Sonderausgabe "Der Bau-Werkmeister". Diese Schrift soll die Arbeitstätigkeit unserer Kollegen unterstützen. Sie wird allen Baugewerkschaften in der Anzahl zugelandt, als Zahlen von Polieren, Schachmeistern usw. auf dem letzten Jahrbogen angegeben sind. Baugewerkschaften mit Fachgruppen, die eine größere Anzahl wünschen, müssen sofort Mitteilung machen.

Feuerungs- und Schornsteinmurer.

Neustingen. Am 28. Dezember fand in Biezhausen eine Versammlung der Feuerungs- und Schornsteinmurer statt. Kollege M u f f von der Baugewerkschaft Neustingen sprach über die Aufgaben der Fachgruppen im Baugewerksbund und machte den Vorschlag, eine Fachgruppe der Feuerungs- und Schornsteinmurer zu bilden, und zwar mit dem Sitz in Biezhausen. In der Ansprache wurde die Notwendigkeit der Gründung eingesehen; unter allen Umständen müße darauf hingewirkt werden, die Eingelien der Bauarbeiter in Biezhausen wieder herzustellen. Die amosenden Emendikanten nahmen an der Ansprache teil und betonten, daß auch sie der Auffassung seien, in Biezhausen müße es nur eine Organisation geben; ein Zusammenstoß könne aber jetzt

nicht in Frage kommen, sondern nur dann, wenn im Bau-  
gewerksbund die Mitglieder wieder bestimmen und nicht  
die Angestellten. (Unseres Wissens haben bis jetzt die Mit-  
glieder in mehr selber bestimmt.) Einstimmig wurde be-  
schlossen, eine Fachgruppe zu bilden; als deren Obmann  
wurde Carl Muffler, als Schriftführer Gustav  
Schwäger gewählt. Als Vorsitzender wurde ebenfalls  
Muffler gewählt. Mit der Gründung der Fachgruppe  
glauben wir, daß es in Bielefeld wieder aufwärts gehen  
wird und sich kein Differenzier mehr halten kann.

**Glaser.**

**Stundentätigkeit im Glasergewerbe im Dezember 1924:**  
Machen 78, Altenburg 1, 26, 63, Auerbach 1, R. 77, Augsburg  
84, Bamberg 76, Berlin 110, Braunschweig 64, Bremen  
89, Bremerhaven 20, Breslau 75, Gießen 70, Coburg  
65, Köln a. Rh. 100, Grimmschlag 72, Darmstadt 82,  
Dresden 80, Dortmund 100, Düsseldorf 100, Elberfeld 80,  
Erfurt 80, Frankfurt a. M. 85, Freiburg i. S. 71, Frei-  
burg i. Br. 85, Hagenburg 72, Hana (Meißen) 65, Glauchau  
75, Greiz 73, Grotz 62, Halle a. S. 125, Hamburg 100,  
Hannover 75, Heina 70, Jüterburg i. Pr. 60, Kaiserlautern  
72, Kiel 60, Königberg i. Pr. 77, Leipzig 85, Lübeck 76,  
Magdeburg 72, Meerane 75, Mittweida 60, Mühlhausen  
in Thüringen 68, München 84, Naumburg 60, Vorchheim  
67, Völsperg 76, Witten i. R. 85, Potsdam 70, Queßin-  
burg 85, Regensburg 70, Reichenbach i. R. 75, Rostock 60,  
Schwepin 60, Stettin 76, Weimar 70, Wismar 60, Worms  
am Rhein 75, Zeitz 76, Zittau 71 3.

**Preisangebote für Glaserarbeiten.** Für die Glaser-  
arbeiten zum Neubau einer Feuerwache und eines Miet-  
hauses in Berlin-Steglitz wurden in 2 Losen von 10 Firmen  
Preisangebote einereicht, die bei dem kleinen Objekt  
noch erhebliche Unterschiede aufweisen. Bei Los A ver-  
langt F. C. Spinn & Co., Berlin, 2007,80 M., während  
es die Firma G. Müller & Söhne, Berlin, für  
1617,10 M. machen will. Bei Los B verlangen 8 Firmen  
den gleichen Preis von 1210 M., während die Bauverei-  
nigung Berliner Glasermeister nur 1013,95 M. for-  
dert. Da auch hier ein ziemlicher Unterschied besteht,  
muß doch wohl im Glasergewerbe noch etwas zu verbien  
sein. Die Stundentätigkeit der Gesellen sind tariflich fest-  
gesetzt; jedenfalls aber läßt sich die Differenz durch  
„Qualitätsarbeit“ herausfinden.

**Naumburg a. S.** Unsere Zastelle war früher  
sehr ein fähiges Glied in der Reihe des Glaserverbandes,  
schon im Jahre 1912 zählten wir 22 Mitglieder. Auch nach  
dem Streik fanden die Kollegen den Weg zur Organisation  
wieder. 1920 zählten wir trotz schlechter Konjunktur 17 Mit-  
glieder. Mit 19 Kollegen traten wir zum Deutschen Bau-  
gewerksbund über und hatten in dieser Organisation eine  
gute Stütze. Leider wurde die Konjunktur in unserm Ge-  
werbe immer schlechter, weshalb sich verschiedene Kollegen  
in andere Berufe Arbeit suchen mußten, wodurch die Zahl  
der Mitglieder im letzten Quartal auf 10 zurückging.  
Ende 1924 zählten wir nur noch 7 Mitglieder im Bau-  
gewerksbund. Ungeachtet dessen 10 Kollegen im Holzarbeiter-  
verband, 1 im Metall-, 2 im Fabrikarbeiterverband organi-  
siert sein. Diese Zersplitterung der Kräfte kommt in den  
gehabten Stundentätigkeiten von 55 bis 65 zu Ausdruck.  
Eine Aussprache unter den Kollegen findet überhaupt nicht  
mehr statt. — Das angebrochene Jahr wird uns nun vor-  
aussichtlich eine bessere Baukonjunktur bringen. Kollegen!  
Wollt ihr dies ungenügend vorübergehen lassen? Streift  
entweder die Gleichgültigkeit ab, stellt Mann für Mann zu  
unserm Bauergewerksbund, rafft Euch auf zu vereinig-  
tem Handeln! Nur dadurch ist eine Verbesserung unserer  
Lage möglich.

**Weimar.** Ein Mitglied und Ausbild ist notwendig,  
Widen wir zurück auf das Jahr 1920. Damals waren alle  
47 hier beschäftigten Glaser selbst im Glaserverband orga-  
nisiert. Kollegialität und gegenseitiges Vertrauen war  
unser Karol, dadurch hatten wir uns Achtung bei den  
Glasermeistern verschafft. Dann kam die Zeit der Inflation  
und des Volkstretures; durch die schlechte Baukon-  
junktur waren verschiedene Kollegen genötigt, sich in andern  
Berufen Arbeit zu suchen oder abzureisen, die Zahl unserer  
Mitglieder ging im vierten Quartal 1922 auf 31 zurück.  
Bei unserm Anstuf auf den Bauergewerksbund im Januar  
1923 waren wir noch 30 Mitglieder, 7 davon entließ sich  
der Holzarbeiterverband. Durch die schlechten Verhältnisse  
im Glasergewerbe, durch politische Verheerung, persönliche  
Gefühllosigkeit und Interesslosigkeit ging die Mitgliedschaft  
noch weiter zurück. Im dritten Quartal 1924 war unsere  
Zahl auf 15 gesunken. Nun ist es höchste Zeit, daß die  
Saumfertigen und Verzerrten sich wieder ihrer Pflicht er-  
innern und den Weg zur Organisation finden. Nur durch  
Einigkeit und Geselligkeit können wir uns gegen das  
Unternehmertum schützen. Kollegen! Die schwerste aller  
Zeiten liegt hinter uns, schauen wir mit Zuversicht in die  
Zukunft; die Zeit unseres Aufstieges muß kommen, wenn  
wir wieder volles Vertrauen haben zu uns und zu unserer  
Organisation, dem Deutschen Bauergewerksbund!

**Was im Wei.** (W e r t i g u n g.) In der 12. Zeile  
der Besprechung dieses Werkes in voriger Nummer muß es  
anstatt 100 300 heißen.

**Zsolierer.**

**Sannover.** In der 28. Dezember veranstalteten  
und gut besuchten Fachgruppenversammlung erläuterte  
Kollege St a n n a n die Bundesangelegenheiten. Einige Kollegen  
sprachen sich gegen die Ausschüsse der Zellenbauer  
aus, worauf durch zahlreiche Beispiele auf das verderbliche  
Treiben dieser „Mittelschläger“ hingewiesen wurde. Die  
Bundeszastellbeschlüsse seien nur als Anwehr zu betrachten.  
Dieser Ansicht war auch die Versammlung. Dann fand  
eine sehr rege Aussprache über Verkaufsangelegenheiten statt.  
kaum ablaufende Ereignisse kamen dabei zur Sprache. Das  
Leberhandnehmen dieser Maßnahme ist vornehmlich auf den  
verursachten Preisrückgang infolge der guten Konjunktur  
zurückzuführen, leider machen aber auch ältere Kollegen  
Zeitschwänze. Zwar wurde diese Handlungsweise verur-  
teilt und allen denen, die sich unsern Beschlüssen und  
abwagungen nicht fügen, rüchlichster Kampf angesetzt.  
Bei der Aussprache über Vermittlung arbeitsloser Kollegen  
wurde angeregt, alles nur noch durch das Wort zu er-

lebigen und vom menschlichen Zustand zu nehmen. Hoffen  
wir nun, daß unsere Gruppe bald wieder das frühere Aus-  
sehen gewinnt. Nach dem Verlauf dieser Versammlung  
wäre dies anzunehmen.

**Töpfer und deren Hilfsarbeiter.**

**Lohnbewegung.** Im Freistaat Sachsen wird  
vom 1. Januar 1925 an für die Ofenformner der Akkor-  
dantarif von 1920 voll gezahlt; der Stundenlohn beträgt 70 3.  
Diese Vereinbarung gilt bis zum 31. März 1925. Bis  
dahin soll ein Ausgleich mit dem Tarifgebiet I (Branden-  
burg, Pommern und Mecklenburg) geschaffen werden, um  
Johann eine zentrale Regelung zu ermöglichen. In diesem  
liegen Differenzen vor, weil die Firma Schmidt & Klose  
nach Wiedereröffnung des Betriebes sich weigert, den früheren  
Vorstellungen des Betriebsrates wieder einzustellen. Vor  
Arbeitsaufnahme wird gewarnt!

**Allgemeinverbindlichkeiterklärung.** Die am 1. Sep-  
tember 1924 zwischen den in Betracht kommenden Vertrags-  
parteien abgeschlossene Tarifvereinbarung für die Ofenseker  
G r o ß S c h n e i d e r, der Markt Brandenburg und im  
Bezirk Schneidemühl ist mit Wirkung vom 1. Sep-  
tember 1924 an für allgemeinverbindlich erklärt worden. Die  
allgemeine Verbindlichkeit erstreckt sich nicht auf die Bestim-  
mungen über Vertretung der Arbeiter, Behandlung von  
Streitigkeiten, die Geschäftsordnung der Schlichtungskommission  
und auf Satz 1 bis 3 des Abschnittes über Einstellung und  
Entlassung.

**Ferien für Ofenseker.** Wir verweisen nochmals auf  
die Einführung des Ferienvertrages seit dem 1. Januar  
1925. Jeder Ofenseker muß sich eine Ferienkarte beschaffen  
und darauf achten, daß ihm jede Woche die entsprechenden  
Marken geklebt werden (auf je 4 M. verdienten Lohn 10 3).  
Ferienkarten sind außer in der Geschäftsstelle der Ofen-  
sekermeister in München, Indenstraße 23, auch beim  
Bundesverband, Hamburg 25, Ballstraße 1, erhältlich.

**Konjunktur im Ofensekergewerbe?** Das Blatt der  
Ofensekermeister, die „Neue Deutsche Tageszeitung“, be-  
faßt sich in der Nr. 11 mit den Zuständen im Ofen-  
sekergewerbe; in der Hauptsache ist dieser Artikel „Kon-  
junktur“ ein Ausfall gegen die „Lösen“ Ofenseker. Seit  
einiger Zeit beobachten wir bei unsren Ofensekermeistern  
einen recht scharfen Wind, der sich nicht nur gegen die  
„hohen und ungeduldfertigen“ Forderungen der Gesellen  
richtet; auch das Koalitionsrecht ist voll eingedrückt  
worden, wie wir bereits in Nr. 42 des „Grundstein“ dar-  
gelegt haben. Wir haben auch berichtet, daß man uns ge-  
wohnt aus der heiztechnischen Zentrale gedrängt hat. In  
dem erwähnten Artikel wird nun zunächst berichtet über die  
durch den Krieg und die jahrelange Krise verursachte be-  
deutende Verminderung der Arbeitskräfte im Gewerbe, das  
Kleinmeisterium habe sich seit einigen Jahren bedeutend  
vermehrte, der Nachwuchs an Lehrlingen sei gleich Null.  
Das stimmt, und wir sind der Ansicht, daß diesem Uebel-  
stand abgeholfen werden muß. Das Leberhandnehmen  
der Kleinmeister empfehlen wir schon lange als einen  
Preisbühnen für das Gewerbe. Das Mittel aber, das die  
Unternehmer anwenden möchten, um dieses Uebel zu be-  
seitigen, nämlich durch Niedrighaltung der Löhne, führt  
nicht zu dem angestrebten Ziel. In dem Artikel wird  
gelegt, der Gesellenmangel, wie er in den Monaten Ok-  
tober und November verspürbar war, drohe zu einer  
„Katastrophe“ für das Gewerbe zu werden. Dem nun heißt  
es weiter: „Vor allem sind die Arbeitnehmer diesen Zu-  
stand zur Stellung von Lohn- und sonstigen Forderungen aus-  
zu, die mit sozialen Erwägungen und Bedürfnissen nicht  
das Mindeste zu tun haben. Ausgeworfen unter Gewerbe,  
dessen Erzeugnisse der Konsument nicht unter allen Um-  
ständen haben muß, marschieren heute neben dem fliezen-  
sekergewerbe, das ein reineres Luxusgewerbe (Welche pri-  
mative Auffassung! Red. des „Grundstein“) ist, mit den  
Lohnfischen an der Spitze aller Bauerngewerbe. Von den  
Gesellen an den Bauergewerksbund, zu 80 % den Interessen  
unseres Gewerbes völlig leinachtmos gegenüberstehen,  
wird der Mangel an Arbeitskräften in der rüchlichstesten  
Beize zu Schrittmaßnahmen für andere Kategorien des  
Bauergewerbes ausgenützt, unbekümmert darum, was ein  
solches Vorgehen auf seiten der Arbeitgeber unbedingt aus-  
lösen muß und was dem Gewerbe an wirtschaftlichen  
Schädigungen erwächst, an denen die Arbeitnehmer ihre  
gerüttelt Maß mitzutragen haben werden. Der Entwurf,  
daß das Ofensekergewerbe ein Saisongewerbe sei, in  
welchem der Verdienstanteil einer beschäftigungslosen  
Periode durch höhere Löhne aufgeholt werden müsse, ist  
heute völlig unzutreffend, da der größte Teil der heute  
auf Bauten beschäftigten Gesellen sogar auf Reparatur-  
und Umschearbeiten Unterkommen fände, so daß selbst bei  
einer geringeren Bautätigkeit niemand arbeitslos wäre,  
mit Ausnahme derjenigen, die keine Reparaturarbeiten  
machen wollen und derjenigen, die nichts können und nichts  
lernen wollen, die es immer gegeben hat und auch in Zu-  
kunft geben wird und um derenhellen man nicht von Ar-  
beitslosigkeit oder Saisongewerbe sprechen darf. — Die  
Arbeitsgeberchaft kann augenblicklich diesem „Nach mir die  
Einstufung-Standpunkt“ der Gesellen und dem Treiben ihrer  
Funktionsäre vielfeicht noch nicht den erforderlichen Wider-  
stand leisten. Wer sie leidet nicht an Vergeßlichkeit und  
wird ihre Befehle gegenwärtig nicht umsonst bezahlen. Wo-  
nan auf sozialem Gebiete die Macht vor Recht gehen läßt,  
wird im m e r, gewollt oder ungewollt, von der andern  
Seite ein Schuldbonto angelegt, das Heimzahlung er-  
heißt; das ist in der Lohnpolitik nicht anders als in der  
Wahlpolitik! Druck und Gewalt sind auch hier physio-  
logische Gesetze, die Form, in der sie sich auswirken, sind  
innere Angelegenheiten der Mächte, die hier nicht zur  
Sprache stehen.“ Das ist geradezu imponant gebrüllt.  
Man sieht: Die Einstellung der Ofensekermeister zu den  
Lohn- und sonstigen Arbeiterfragen ist die gleiche wie die  
aller andern Unternehmer. Niedrige Löhne und lange  
Arbeitszeit sind ihre Ideal. Aber gerade dieser Stand-  
punkt war schon seit jeher ein Förderer des Kleintrauer-  
tums. Der Ofenseker, der jedes Jahr mit mehrmonat-  
licher Arbeitslosigkeit zu kämpfen hat, der vielfach während  
der Arbeitsperiode die Kosten für seine Lebens- und Lebens-  
haltung nicht aufbringen kann, schaut sich nach andern

Arbeit um, und wenn er Verbindungen hat, dann wird  
er selbständig. Es ist ja so leicht, „Ofensekermeister“  
zu werden. Um sich dann als „Unternehmer“ zu behaupten,  
muß er zu Schindlpercen konkurrenzieren, das schlechteste  
Material wird geliefert, die Arbeitszeit ins Endlose aus-  
gebeutet, dem Interessenten werden Defen aufgeschoben,  
die alles andere sind als Selbstzwecke. Wird ein solcher  
„Meister“ dann noch Mitglied der Innung oder des Ar-  
beitgeberverbandes, dann erhält er Kachehore so viel er  
braucht, dann ist er oft trotz der schmutzigsten Konkurrenz  
ein willkommener Gast. Wir wollen gern anerkennen,  
daß die Organisation der Unternehmer bestrebt sein muß,  
diese Leute bei sich aufzunehmen. Tatsache aber ist, daß  
der Grund des überhandnehmenden Kleintrauerertums in  
der unrichtigen Einteilung des Ofensekeres  
begründet ist. Des Ofensekers, dessen Gehalt außerdem  
noch dadurch geschnitten wird, daß bei niedrigerer  
Konjunktur ein Kleintrauter den andern beschäftigt,  
während der Geselle des Nachsehen hat. Als Beweis dafür,  
daß es dem Kleinmeister besser als dem Ofenseker ergeht,  
diene die Statistik, daß nur wenige von den ersten in den  
Gesellenstand zurückkehren. Vieles haben wir uns  
tariflich verpflichtet, keine Arbeiten in eigener Regie aus-  
zuführen; mit verschwindenden Ausnahmen wird diese  
Verpflichtung auch von den Gesellen eingehalten. Wenn  
aber die Lohnpolitik der Unternehmer darauf gerichtet ist,  
das Gehaltsminimum der Gesellen noch mehr herab-  
zubringen, dann wird sich eben das Kleintrauterium ganz  
naturgemäß weiter vernehmen, und die Herren Ofenseker-  
meister werden nach der alten Schablone verfahren, die  
Konkurrenz gestalte keine höheren Gehaltsentföche. Hinzu-  
kommt der alle Schläger vom eisernen Ofen. Wir kennen  
eine große Anzahl von „Meistern der Ofenbaukunst“, die  
mit allem anstehenden Gehältern mit sogenannten Spar-  
ösen und eisernen Ofen, einen fritten Handel treiben,  
die Hauptfache ist ihnen nicht die Hebung des Handwerks,  
sondern der Gewinn, um möglichst schnell Hausbesitzer zu  
werden. Ein Anderes: Einige Gegenden Deutschlands  
werden mit transportablen Miniaturöfen geradezu über-  
schwemmt. Diese Defen entsprechen in ihrer Größe zu-  
meist nicht der Größe des Raumes, in den sie gestellt  
werden. Die Folge ist, daß schon ein Ofen den Raum  
nicht erwärmt, und daß der unglückliche Mieter dann den  
„Ofen“ in ein bis zwei Jahren zum Schuttkaufen zerfeuert  
hat. Aber der Ofen ist billig, und die Waße muß es  
bringen! Wenn dann das Publikum zum eisernen Ofen  
zurückkehrt, dann ist der ungerechtfertigt „hohe“ Lohn des  
Ofensekers daran schuld. Mit folchem Verede streut man  
dem Publikum Sand in die Augen und gibt sich den An-  
schein des hiebieren Handwerksmeisters, der — nach, so  
gerne! — das Handwerk lieben möchte, aber von den bösen  
Gesellen durch höhere Löhne daran gehindert wird. Wir  
geben zu, daß es Meister gibt, die einem solchen Treiben  
fernstehen, die auf Qualitätsarbeit halten und der Ansicht  
sind, daß die Lohnbedürftigkeit ein Schaden für das Gewerbe  
ist, aber das sind nur wenige. Nicht in einem auskömm-  
lichen Lohn liegt also die Gefahr für das Ofensekergewerbe,  
sondern in niedrigen Löhnen und in dem planlosen Ofen-  
schäcker, der sich — wie noch nie zuvor — in dem Be-  
hötern viel zu kleiner Ofen drehtmacht. Wie alles andere,  
so kann man in W a r e n h ä u f e r n heute auch K a c h e -  
lösen kaufen. Natürlich will der Besitzer des Waren-  
hauses billig einkaufen. Der Ofen wird daher viel zu  
klein geliefert; das darin verarbeitete Material ist außer-  
dem von recht zweifelhafter Qualität. Der Käufer erficht  
einen viel zu kleinen Ofen für den zu bedeutenden Raum;  
der Angestellte des Warenhauses ist ja kein Fachmann, der  
den Käufer beraten könnte. Im dem Raum zu erwärmen,  
der der Ofen dann überbeizt, die Stacheln springen, das  
Gefüge des Ofens wird gelodert, das bishigen Zeitkraft  
geht vollends in die Brüche — übrig bleibt nichts als ein  
armseiliger Schuttkaufen und das Gefühlspe auf den un-  
praktischen Nachfoler, dem ein eiserner Ofen vorzuziehen  
sei. Diese Art transportabler Kachelöfen ist es, die den  
alten guten Kachelöfen in Gefahr bringt. In H e i n -  
l a n d Westfalen ist der Kachelöfen seit 20 Jahren  
mehr und mehr eingeführt worden. Wichtigen Fachmännern  
gehüßt das Verdienst, dieses erstrenliche Metall durch  
Lieferung von einwandfreien Defen ersetzt zu haben.  
Weide Zeile, die Unternehmer und unsere Kollegen, fragen  
wegen der Leberzwönung mit unangenehmen trans-  
portablen Kachelöfen, wodurch das Gewerbe in Verfall  
gebracht wird. Von all diesen Dingen hat der Arbeiter  
in der „M. D. Z.-Ztg.“ anscheinend keine Ahnung. Er  
sieht nur die „hohen“ Gehaltsentföche. Von deren Redu-  
zierung verpricht er sich eine Hebung des Gewerbes, was für  
ihn gleichbedeutend ist mit persönlicher Vereinerung. Wie  
haben natürlich nichts dagegen, wenn der Unternehmer aus  
seinem Geschäft Vorteile zieht. Wegen wir uns wenden,  
das ist die geradezu aufreizende Art, mit der die Ofenseker  
fortgesetzt provozieren und in der Offenlichkeit herunter-  
gesetzt werden. Unsere Kollegen aber erleben nach nur  
Vorgehen, wessen sie sich bei ihrem Streben nach nur  
einemmaßen auskömmlichen Löhnen zu versehen haben.  
Nache seitens der Unternehmer, heißt es. Antwoort darauf  
mit selbstem und auch selbstem Anstuf auf unsern Mund  
Er ist Euer Helfer gegen Unternehmertum und Lohn-  
brud, wie Euch das in dem Artikel der „M. D. Z.-Ztg.“  
angedroht wird!

**Brandenburg.** Durch die Ausbreitung der Industrie  
transportabler Kachelöfen sind jetzt hier verhältnismäßig  
viele Ofenseker beschäftigt. Wir machen darauf aufmerk-  
sam, daß jeder Ofenseker, der hier arbeiten will, sich im  
Arbeitsnachweis für Ofenseker, bei Paul Schmidt, Frank-  
furter Straße 16, zu melden hat; wir müssen dies verlan-  
gen, um das Arbeitsfeld genau überzusehen zu können.

**Gelle.** Hier hat die Firma D a n t e (Ofenseker) sämt-  
liche Ofenseker entlassen, obwohl sie unsern Kollegen  
dauernde Beschäftigung zugesichert hatte. Die Firma gibt  
an, kein Kachelöfen erhalten zu können; der Grund zur  
Entlassung dürfte aber ein anderer sein, denn seit einem  
halben Jahre war die Lohnzahlung unregelmäßig; es ver-  
gingen oft mehrere Wochen, ehe sie kamen. Dem Obmann  
der Gesellen bei der Firma vorstellig wurde, wurde der  
„gute Mat“ erstellt, den Mund zu halten. Das Gewerbe-

geirgt wird sich noch mit der Firma beschließen; die Kollegen aber sollten aus den hier angeführten Gründen die Firma meiden.

Weichen. Hier ist der Kampf für und wider die Herstellung von minderwertiger, sogenannter Sieblingsware von neuem entbrannt. Die in den Meißner Oefenfabriken beschäftigten Kollegen stehen heute wohl reiflos auf dem Standpunkte, unter den gegenwärtigen Verhältnissen den Abbau der Sieblingsware zu verlangen. Die Herren Fabrikanten denken aber über diese Angelegenheit anders. Wie ist es zur Herstellung von Sieblingsware gekommen? Als beim Einsetzen des Wohnungsbauwesens die Sieblerbewegung in den Vordergrund gerückt wurde, ging das Bestreben dahin, in Sieblingshäusern recht primitive Kachelöfen zu setzen. Einmüßig sei an den Freya-Ofen und andere. So, selbst aus Ziegelfabrik gefertigte „Ofen“ verfuhrte man in bezüglichen Wohnungen unterzubringen. Es bestand die Gefahr, den alten, guten, wärmependenden Kachelöfen zu verdrängen. Das konnten weder die Fabrikanten noch die Käufer ruhig mit ansehen. Es mußte versucht werden, dem Kachelofen auch in Sieblingshäusern Eingang zu verschaffen. Damals traten die Meißner Oefenfabrikanten an unsere Kollegen heran und verhandelten mit ihnen über die Herstellung von sogenannter Sieblingsware. Schließlich einigte man sich dahin, die betreffende Ware 10 % billiger herzustellen. Wie es die Form gab, sollte das Stück abgenommen, es sollte weder bemalt noch gepulvert werden. Daß sich unsere Kollegen schwer mit dieser Art Arbeit abfinden konnten, ist verständlich. Manche pukten und wählten oder an unbebauten Konzern, welche Ware nach Tarif v. O. I. bezahlt werden muß. Heute ist man nun so weit, daß in der Herstellung und Bearbeitung der Sieblingsware und der behaglichen oder unbebauten Ware überaus fein Unterschied mehr besteht. Nur in der Bezugsart ist ein Unterschied geblieben. In Meißner werden aus Sieblingsware gute Zeit immer noch 2 % abgezogen. Das sind natürlich unfaßbare Zustände. Für gleiche Arbeit muß auch gleicher Lohn gezahlt werden. Die Fabrikanten sind daran zu erinnern, daß sie selbst waren, die bei den damaligen Verhandlungen sagten: „Wenn der Sieblingsofen seine Mission erfüllt hat, wird er nicht mehr hergestellt.“ Auch bei der letzten Verhandlung in einem Betriebe, wo über den Abzug von 2 % geredet wurde, gab Vertreter der betreffenden Fabrik das Versprechen, dahin zu wirken, daß Sieblingsware nicht mehr hergestellt werden soll. Im 10. oder 11. Monat muß es nicht sein, daß es bei der letzten Lohnverhandlung am 22. Dezember gerade diese Herren waren, die sich gegen den Abbau der Sieblingsware wendeten. Die Beweggründe dazu sollen hier nicht besprochen werden, aber jedenfalls steht dies Verhalten im Widerspruch zu dem gegebenen Versprechen. Die Meißner Kollegen aber werden nunmehr nichts unversucht lassen und alles daransetzen, den Abbau der Sieblingsware in aller nächster Zeit demnach durchzuführen.

2 bis 3 selbständige, sauber arbeitende Oefenhersteller für dauernd gesucht. Adam Schwedt, Wiedeboden, Spangenbergstr. 10.

Tüchtige Kachel- und Ofenarbeiter für Meißner und Altdeutsches dauernd gesucht. Altdeutsches Oefenwerk für Meißner und Spangenbergstr. 10. Gütlich Schwedt und Sohn, Spangenbergstr. 10.

Leistung- und Hausarbeiten, Tücher auf Bezug und alle häusliche Spezialarbeiten gerichtet. Ferner ein Brenner, der perfekt im Glätten und Abnehmen von Manteln ist. Ofen- und Tonwarenfabrik, Annaburg, Weg 10.

Vom Bau.

Heberlingen. Hier war der Glasmeister Nisch mit 2 Gefellen und 1 Beurling mit dem Anbringen von Fenstern an einer Giebelwand beschäftigt. Pflöchlich brach das Gerüst, alle 4 Beschäftigten stürzten in die Tiefe. Meister Nisch erlitt schwere Verletzungen, die beiden Arbeiter kamen mit leichten Verletzungen davon, während der Beurling unversehrt blieb. — Dieser Fall geht wieder einmal mit aller Deutlichkeit, wie leichtfertig Menschenleben auf Spiel gesetzt werden. Das muß ja ein wunderbares Gerüst gewesen sein, das schon beim Einsetzen einiger Fenster zusammenbrach! Unsern Kollegen sei dieser Vorfall eine Mahnung zu größerer Vorsicht.

Eine gesunde Lehre. Aus Reddinghausen sendet uns der Kollege Fritz Schade folgende Schilderung eines Unfalles: Am 29. Dezember 1924, einem Montag, verpukten wir zu dritt je einen Kamin, womit wir bis Mittag fertig geworden waren. Es sollte sozusagen an den Kaminen nur noch je ein „i“ fehlt, wenn das Röhrlchen nicht darauf ist. Nach der Mittagspause gingen meine beiden Kollegen nach einer andern Baustelle, um dort Putzarbeit zu verrichten. Ich erhielt den Auftrag, die wenige Putzarbeit, die noch an den Kaminen zu tun war, zu vollenden. Es handelte sich um den Kopf des einen Kamins um eine Fläche, die nicht ganz die Größe einer „Grundstein“-Seite hat. Nachdem ich nun meine Arbeit beendet hatte, begab ich mich auf das Gerüst des einen meiner Kollegen, um zu tun, was mir aufgetragen war. Ich sah wohl, daß unter mir die Balkenlage nicht abgedeckt war, ich konnte von oben, 4 1/2 Stoch hoch, bis hinunter auf die Eisenbetondecke des unteren Stockwerkes sehen. Unter solchen Umständen hatte der Kollege vor mir den dreieckigen Stoffschein gemauert und fast ganz verputzt, und der auf der Baustelle ständig anwesende, vernunftvolle Bolter hatte das Arbeiten in solch gefährlicher, ungesicherter Höhe gestillt. Es sollte ja zwar, laut Vorbericht der Rheinisch-Westfälischen Berufsgenossenschaft für das Baugewerbe, alle Balkenlagen gut und sicher abgedeckt werden. Wie jetzt habe ich noch auf keinem Bau gearbeitet, wo die Unfallverhütungsvorschriften so durchzuführen wurden wie es die vorkreisende Anweisung von ihrem Mitgliede verlangt. Ich stelle nun auch weiter keine großen Untersuchungen darüber an, ob das Gerüst stabil genug sei, zumal, da ich vorher gesehen hatte, daß es mit Mörtel und Steinen schwer belastet gewesen war. Und dann das Pflöchen! Wohlfalls 15 Minuten Arbeit! Da war weiter nichts dabei. — Aber gerade die vorherige schwere Belastung des Gerüsts hatte aus dem Arbeitergerüst eine regelrechte Menschenfalle gemacht. Der gerüstbauende

Kollege hatte, wie es in Westfalen allgemein üblich ist, an 2 Dachsparren mit 3 dreieckigen Nägeln auf jeder Seite ein Gerüstbreit an die Sparren genagelt. Das Brett mußte die ganze Last des Gerüsts auf der einen Seite aufnehmen. Die Nägel aber hatten in Folge der vorherigen schweren Belastung nachgegeben. Sogar kam noch der Umstand, daß es am vorausgehenden Sonnabend und Sonntag geregnet hatte, dem Rüstigen der Nägel also durch das nasse Holz noch Vorstoß geleistet wurde. Diese Feststellungen konnte ich allerdings erst machen, als ich zusammen mit den auf der Baustelle noch anwesenden Kollegen nach dem Unfall die Unfallstelle wieder erklimmen hatte und mir das zusammengebrochene Gerüst von oben besah; denn als ich erst eine kurze Zeit auf dem Gerüst — richtiger Menschenfalle — gearbeitet hatte und von der gefährlichen Seite des Gerüsts aus die Dachstuhl des Hauses bestiegen wollte, um auf die andere Seite des Gerüsts zu gelangen, geschah schon das Unglück. Das Brett hatte nachgelassen, und ich stürzte hinterwärts durch die 4 Balkenlagen des Hauses hindurch, etwa 17 m. hinab auf die Eisenbetondecke des Kellergeschosses, wo ich eine höchst unliebsame Veranlassung mit den auf der Decke zurzeit liegenden Klammern machte. Nach Ueberwindung des ersten Schreckens konnte ich feststellen, daß ich äußerlich vollkommen heil geblieben war, nicht einmal erwähnenswerte Hautabrisseurungen hatte ich davongetragen. Nur die Hinterbacke blutete, weil ich bei dem Anprall ein Stückchen aus ihr herausgebissen hatte. Ich sprudelte Blut. Meine Verletzungen,

Für die Woche vom 11. bis 17. Januar ist der 3. Bundesbeitrag für 1925 zu zahlen.

interior verlegt zu sein, wurden durch die ärztliche Untersuchung gerichtet. Als ich, glücklich über den Verlauf des Sturzfalls, in Begleitung eines Kollegen nach Hause kam, wurde ich zunächst einmal kräftig vom meinem Vater ausgeguckt. Es sei keine Art und Weise, ohne vorherige Kontrolle auf ein Gerüst zu gehen, das man nicht selbst gebaut habe; wo die Balkenlage nicht abgedeckt ist, habe man nicht nötig zu arbeiten; genaue Gerüste gehörten dahin, wo der Pfeiler wächst; wie ich überhaupt so leichtsinnig mit meiner Gesundheit umgehen könne. Im übrigen sollte ich mir die Unfallverhütungsvorschriften mal kräftig hinter die Ohren schreiben. Ich wählte darauf nichts anderes zu erwidern, als: „Es war doch bloß noch so ein Pflöchen“ und „Du hast recht!“ — In das neue Jahr trete ich ein mit dem festen Vorsatz, nie mehr ohne Sicherung, ohne Abdeckung der Balkenlagen über diesen zu arbeiten, nie mehr ohne vorherige Kontrolle ein Gerüst zu betreten, das ich nicht selbst gebaut habe, immer unsere Polizei darauf hinzuweisen, daß sie bei eventuellen schweren Unfallsfällen zur Verantwortung herangezogen werden können, daß sie deshalb ausreichendes Materialmaterial vom Unternehmer zu fordern haben. Tun sie es nicht, so halte ich ihnen die Unfallverhütungsvorschriften unter die Nase und verweigere jede Weiterarbeit! Ich werde weiterhin immer daran denken, daß ich meine Gesundheit, meine heißen Knochen nur einmal verlieren kann und daß Vorsicht besser ist als Nachsicht!

Allgemeine Rundschau.

Die neue RVD. Im Reichsgesetzblatt vom 22. Dezember 1924 ist die Reichsversicherungsordnung in neuer Fassung veröffentlicht. Damit ist ein Wunsch wohl aller Bevölkerungsteile erfüllt. Wohl kein anderes Gesetz umschließt mit seinen Rechtsansprüchen einen so großen Personenkreis wie dieses. Die alte Reichsversicherungsordnung wurde am 19. Juni 1911 veröffentlicht. Die einzelnen Abschnitte traten stückweise zu verschiedenen Terminen in Kraft. Dieses so fegende Gesetz, das sich wie kein anderes den Krieges- und den späteren Inflationsjahren anpassen mußte, war durch unzählige Aufträge und Verbesserungen so verunstaltet und unübersichtlich geworden, daß sich kein Mensch mehr herausfand. Mehr 300 verschiedene Folgegesetze sind zu der Reichsversicherungsordnung ergangen. Die auf diesem wichtigen Gebiete so sehr nötige Reform wurde schon seit langem gefordert. Es dauerte jedoch lange, ehe sich die Gesetzgebung besann, hier Wandel zu schaffen. Mit Einführung der neuen Fassung der Reichsversicherungsordnung ist dies nun endlich geschehen. In das neue Gesetz sind alle bisher bestehenden Bestimmungen usw. hineingearbeitet, so daß nur noch wieder ein einheitliches Recht in der Arbeiterversicherung haben. Wir wollen hoffen, daß dieses neue Gesetz lange anhalt und auch bei den Sozialdemokraten und den Gewerkschaften schon längst geforderten Verbesserungen in der Sozialversicherung nicht mehr allzulange auf sich warten lassen.

Gewerkschaftliche Disziplin. Hierzu hat der letzte belgische Gewerkschaftskongress die folgende Entschließung angenommen: „Der Kongress erklärt es als Pflicht aller der Gewerkschaftskommission angehörenden Organisationen, alle erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um jede Spaltung innerhalb der Gewerkschaften zu verhindern und gegen alle jene Elemente unerbittlich vorzugehen, die gleichviel unter welchem Vorwand, Verwirrung und Spaltung in den Organisationen hervorgerufen wollen. Im Hinblick auf den von der kommunistischen Internationale und den ihr angehörenden Organisationen gegen den internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam und den ihm angehörenden Organisationen geführten Kampf, auf die Mittel, die angewandt werden, um die regulären Organisationen zu schwächen und zu zerstören, sowie auf den unbedingten Gehorsam, der jedes Mitglied der kommunistischen Partei zu Zeitungen, an der unbedingten Zügelhaftigkeit verpflichtet, ist der Kongress der Meinung, daß das Amt eines Vertretensmannes, gleichviel welchem Grade, in einer der Gewerkschaftskommission angehörenden modernen Gewerkschaft mit der Zugehörigkeit zur kommunistischen Partei unvereinbar ist, daß ein derartiges Amt keinem Gewerkschaftler anvertraut werden kann, der auf Grund seiner Eigenschaft als Mitglied der kommunistischen Partei verpflichtet ist, den internationalen Gewerkschaftsbund in Amsterdam und damit auch die Gewerkschaftskommission zu bekämpfen. Der Kongress beauftragt in diesem Sinne das

Bureau des Vorstandes der Gewerkschaftskommission, über die Anwendung und Durchführung dieser Maßnahmen zu wachen.“

Eine leistungsfähige Verleumdung kam dem Zimmerer E. Schwedt in Bochum teuer zu stehen. Er hatte den beiden Angestellten der Baugewerkschaft Bochum, Georg Kallenbach und Otto Reele, in Gegenwart eines Hilfsassistenten vorgelesen, sie hätten sich bei Lohnverhandlungen in Bochum von den Unternehmern mit Weizen beschenken lassen. Wegen Verleumdung vor den Schiedsrichter geladen, hielt Schwedt es nicht für nötig, dort zu erscheinen. So blieb nichts anderes übrig, als den Verleumdung vor das Amtsgericht zu laden. Dort ließ ihm bei der Verhandlung nichts anderes übrig, als zu erklären, er habe nicht den geringsten Anhalt dafür, daß die Kläger die Interessen der Arbeiter vertreten und sich von Unternehmern in irgendeiner Weise hätten beschenken lassen. Wenn er sich in diesem Sinne geäußert haben sollte, so nehme er die Verleumdung als unmaßgeblich zurück. Auf diese Erklärung hin wurde die Sache durch einen Vergleich erledigt. Der Verleumdung übernahm die Kosten des Verfahrens einschließlich eines Betrages von 10 M für die Anwaltskosten der Kläger.

Fractionsbildung. In der „Hamburger Volkszeitung“ Nr. 238 vom 22. Dezember 1924 wird berichtet über eine Entschlüsselung, die in Folge einer Mitgliedsversammlung der RVD, „gegen wenige Stimmen“ angenommen hat. In der Entschlüsselung heißt es: „Der Frankfurter Parteitag und der 6. Weltkongress haben fast einstimmig die Aufstellung Brandlers und Thalheimers als Abordnung von der politischen und tatsächlichen Linie des Leninismus zurückgewiesen und in besonderer Weise die Factionsbildung verboten und mit Ausschluß aus der Partei bedroht. Deshalb verurteilt die Versammlung mit aller Schärfe das Verhalten der Genossen Beut, Kleischer und Pfeiffer sowie aller Genossen, die mit den Genannten an Factionsbildungen teilgenommen haben. Die Versammlung spricht der Parteizentrale und der Parteiführung in der Person des vollen Vertrauens aus und erklärt, daß der Ausschluß der Genossen Pfeiffer, Beut und Kleischer voll gerechtfertigt ist. Sie fordern von der Parteiführung, gegen alle Genossen, die sich an rechten Faktionen beteiligen, mit allen, auch mit organisatorischen Mitteln, vorzugehen. Der fälschlich versucht, die Einheit der Partei zu stören und die Parteizentralen zu untergraben, muß als schädlich aus der Partei und am Proletariat aus der Partei rücksichtslos entfernt werden. Sie stellen sich durch ihre Disziplinlosigkeit selbst außerhalb der Partei. Das gleiche trifft zu für solche Genossen, die nach wie vor die Verbindung mit den Ausgeschlossenen aufrechterhalten.“ Diese Sprache ist klar und deutlich. Aber man muß auch konsequent und heumäher nicht über Vergeltung, wenn der Baugewerkschafts- und Factionsbildungen mit gleichem Schärfe entgegengetritt. Was dem einen recht ist, dem andern billig. Für die Mitglieder unseres Bundes ist in dieser Entschlüsselung noch besonders interessant, daß jetzt der Parteitag mit der einst so gefeierten Sozialgröße Brandler als Zoschilde betrachtet und mit dem Ausschluß aus der RVD, bedroht wird.

Die Glasarbeiter zur Verfeinerungsfrage. Nach dem Vorwärts hat eine zum Sonntag, den 4. Januar, nach Berlin einberufene Konferenz des Hauptverbandes, Betriebs, Ausschusses und der Gaueiter des Glasarbeiterverbandes beschlossen, den Mitglieder des Verbandes zu empfehlen, den Ausschluß an den Baugewerkschaftsbund vorzunehmen. Im Frühjahr dieses Jahres werden demnach die Mitglieder des Glasarbeiterverbandes in einer Abstimmung über die Verfeinerung mit dem Baugewerkschaftsbund endgültig zu entscheiden haben.

Steuerreform und Kapitalansammlung. Der Reichsbankpräsident hat kürzlich darüber gesprochen, daß sich zwar die Sparkapitalien in den Banken im Laufe des Jahres 1924 vergrößert hätten und gegenwärtig 8 1/2 Milliarden Goldmark betragen, daß aber diese Kapitalien für die Versorgung der Wirtschaft nicht ausreichen und deshalb die Ansammlung neuer Kapitalien notwendig sei. Dies ist in der Tat notwendig, selbst wenn wir dessen bewußt sind, daß die großen Kapitalien, die vor dem Kriege bei den Banken lagen — sie werden mit 40 bis 45 Milliarden Mark angegeben — zum größten Teil nicht als Betriebskapital, sondern zu Anlagezwecken verwendet worden sind, und selbst wenn wir die ausländischen Kredite, auf die wir auch im Jahre 1925 rechnen können, berücksichtigen. Trotzdem kann sich niemand der Notwendigkeit der Kapitalansammlung (akkumulation) zur Aufrechterhaltung und Erweiterung der Wirtschaft verschließen. Kapitalien müssen erspart, das heißt dem unmittelbaren Verbrauch entzogen und für die Herstellung von Produktionsmitteln verwendet werden. Es fragt sich nur, wie die Kapitalansammlung erfolgen soll. Die Unternehmer fordern Steuern, die sie so wenig belassen, daß für die notwendige Kapitalakkumulation noch viel Kapitalien übrigbleiben. Es ist allerdings erforderlich, bei einer jeden Steuerreform auch darauf zu achten, in welchem Maße die Steuern die Kapitalansammlung beeinflussen. Man muß sich aber auf das energischste dagegen verhalten, daß die Lebenshaltung der Arbeiter unter dem Vorwand der Kapitalakkumulation dadurch verschlechtert werde, daß sie allein für die Steuerbedürfnisse aufkommen müssen. Man darf nicht dulden, daß unter dem Titel der Kapitalakkumulation das heutige System der Lohn-, Umsatz- und Verbrauchsteuer erhalten bleibt. Durch niedrige Löhne und hohe Preise tragen die Arbeiter ohnehin ihren Teil zur Kapitalakkumulation bei. Sie müssen ihren Verbrauch ohnehin übermäßig einschränken, damit den Unternehmern Kapitalien erspart bleiben. Das ist, was die Volkswirtschaftler als „erzwungene Akkumulation“ bezeichnen, das heißt: die Arbeiter sparen für die Unternehmer, ihre Entbehrungen zu Gunsten der Kapitalansammlung. Ist eine noch größere Erzeugung der Kapitalansammlung notwendig, so gibt es dafür andere Wege: durch Verbesserung und Verbilligung der Produktion soll der Verbrauch im Ausland und der Absatz im Ausland soweit angedeutet werden, daß den Unternehmern, selbst wenn die Löhne erhöht und die Preise herabgesetzt werden, noch Gewinne übrigbleiben. Auf diese Weise wäre eine Kapitalansammlung möglich, die nicht gleichzeitig mit Raubbau an Gesundheit und Kraft der Arbeitnehmerhaft einhergeht. Und dies ist mindestens ebenso notwendig wie die Verfeinerung der Kapitalansammlung.

Bücher und Schriften.

Einführung in die Nationalökonomie. Von Rosa Luxemburg. Herausgegeben von Karl Dietz. G. Vandenhoeck & Ruprecht, G. m. b. H., Berlin W 20. Preis broschiert 2,50 M., kartoniert 4 M., Ganzleinen 6 M. Auf den ersten Seiten ihres Buches stellt Rosa Luxemburg ihre eigenen Begriffe über 'Weltwirtschaft', 'Weltmarkt' und 'Nationalökonomie' dar. Diese Begriffe werden im Laufe des Buches gegenüber. Diese Gegenüberstellung geschieht aber nicht von der hohen Seite aus, die wir bei der Verfasserin der 'Kumulation des Kapitals' voraussetzen dürfen, und von der aus sie auch alle übrigen Abschnitte weit davon entfernt. Alle andern Abschnitte des Buches — also der weitens größere Teil des Gesamtinhalts — sind meisterhaft geschrieben. Die Beherrschung der Darstellung und die überzeugende Behauptungskraft der Verfasserin überlassen — von der vorgenannten Einschränkung abgesehen — bei jedem sozialistischen Leser das Gefühl neuerlicher Überzeugung an die zukunftsweisende Kraft des Sozialismus. Der Reizgehalt des Buches ist: Ein unbestreitbar gutes und nützliches Werk. Deshalb wünschen wir ihm weite Verbreitung. Wir können es jedem Kollegen dringend empfehlen.

Der Arbeitslohn und die Wohnpolitik in Rußland. 1. Teil der sozialpolitischen Essays: Die Lage der Arbeiterklasse in Rußland. Von Dr. S. Salomon. Schwabe, Stuttgart. Verlag: Schwabe'sche Verlagsbuchhandlung G. m. b. H., Jena. Preis 2,50 M. In großen Zügen wird die Entwicklung der Wohnpolitik und der Wohnverhältnisse in Rußland seit 1917 bis Mitte 1924 geschildert. Der sozialistische Arbeiter und Privatwirtschaftler wird vor Augen geführt. Die eigentümliche Rolle der russischen Gewerkschaften in ihrer Wohnpolitik gegenüber den westlichen Staaten wird in prägnanten Zügen. Besonders hervorzuheben ist die soziale Lage der Arbeiter in Rußland. Der Lohn der Arbeiter ist gegenüber dem westlichen Arbeiter niedriger. Der Lohn der Arbeiter ist gegenüber dem westlichen Arbeiter niedriger. Der Lohn der Arbeiter ist gegenüber dem westlichen Arbeiter niedriger.

Zusammenhang der Arbeit ist der neue Titel des früheren Arbeiter-Zustandens. Dieser Zustand, mit Beiträgen aus den Gebieten der Kunst, Wissenschaft und des sozialen Lebens bis zum Ausgangspunkt, von ersten Schritten verläßt, ist als Hausatmosphäre ein empfehlenswertes Haus. Der Preis des Buches, ein sehr schöner Ganzleinenband, beträgt 1,50 M. Das Buch ist durch alle Arbeiterbuchhandlungen zu beziehen.

Gewerkschaften und Arbeitsrecht. Von Clemens Wörpel. Unter diesem Titel in Band IV der Gewerkschaftlichen Jugendbildung bei der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S 14, erschienen. Das Buch ist keine paragrafenmäßige Einführung des Arbeitsrechts, sondern eine lebendige Darstellung, die der Jugend eine Kenntnis der allgemeinen Grundzüge vermittelt soll. Dieses ist im Arbeitsrecht noch problematisch. Es geht dabei um die Gestaltung des Arbeitsrechts; dies nachzuweisen, ist die Aufgabe des Buches. Die Gewerkschaftsjugend wird auch aus dieser Darstellung die große Bedeutung der Gewerkschaften kennenlernen. Den erwachsenen Gewerkschaftsmittgliedern ist das Studium ebenfalls zu empfehlen.

Bekanntmachung des Bundesvorstandes. Markenverband. Es kommen nun noch die neuen grünen Verlagsmarken zum Verkauf. Alte Marken sind vergriffen. Vorhandene Reste aus dem alten Jahre müssen mit grünen Verlagsmarken ausgeglichen werden.

Ausgeschlossen sind auf Grund § 16 der Bundesfassung von der Baugewerkschaft Kahla: Fritz Becker, Maurer, geb. 13. 6. 88 zu Kahla (Ver.-Nr. 146 848); von der Baugewerkschaft München: Joh. Baptist Braun, Hilfsarbeiter,

geb. 16. 12. 69 zu Stein, Wolfgang Engel, Hilfsarbeiter, geb. 12. 1. 96 zu Siegedorf, Haber Fahn, Hilfsarbeiter, geb. 3. 2. 99 zu München, Hans Mayerle, Hilfsarbeiter, geb. 23. 2. 82 zu München, Michael Klingl, Hilfsarbeiter, geb. 10. 3. 87 zu Deggendorf, Johann Negele, Hilfsarbeiter, geb. 2. 2. 02 zu München, Joh. Köber, Hilfsarbeiter, geb. 13. 2. 02 zu München, Max Rupprecht, Hilfsarbeiter, geb. 28. 11. 80 zu Untermettenbach, Franz Stadlinger, Hilfsarbeiter, geb. 12. 3. 66 zu Kirchanschering, und Georg Volkbrecht, Hilfsarbeiter, geb. 5. 5. 92 zu Langenbettenbach; von der Baugewerkschaft Schwerin: Fern. Klochow, Hilfsarbeiter, geb. 14. 4. 05 zu Schwerin i. M. (618 352); von der Baugewerkschaft Ulm: Jakob Kirchbaum, geb. 19. 6. 75 zu Kautlingen (1 286 694); vom Bundesvorstand aus der Baugewerkschaft Hirschberg i. Schl.: Gustav Knebe, Hilfsarbeiter, geb. 20. 11. 94 zu Hirschberg i. Schl. (892 836), und Gustav Schwager, Hilfsarbeiter, geb. 21. 2. 92 zu Löwenberg i. Schl. (1 261 804).

Vom 30. Dezember 1924 bis 5. Januar 1925 haben folgende Baugewerkschaften Gelder an die Hauptkasse geleandt: Aue 1000 M., Bornhöved 97,55, Belgis 40, Berlin 20 000, Burgstadt 200, Bernau 500, Bremen 6000, Crefeld 500, Coblenz 500, Chemnitz 1000, Dresden 1000, Dahlem 114, Delmenhorst 1500, Dintelbühl 70, Dobran 62,10, Dramburg 26,45, Darmstadt 2000, Duisburg 1500, Ellwangen 29,95, Froburg 210,15, Friedland i. M. 145, Freiwaldau 400, Freising 102,90, Goldberg i. M. 200, Gardelegen 800, Glatz 700, Gützkow 696,65, Grünberg i. Schl. 350, Grimma 500, Gsch a. d. R. 150,70, Halle 500, Harjeseß 25,50, Hirschberg i. M. 750, Hohenstein 400, Hannover 5000, Hebeho 200, Jena 275, Jacobschlag 88,50, Karlsruhe 1250, Kreuznach 280, Kellinghagen 125, Kahla 300, Kreisburg 40, Körlin 24,20, Köln a. Rh. 600, Kamenz 500, Leer 600, Leisnig 150, Lobenstein 25, Kaufzig 163, Lindow 133,90, Landesbuth i. Schl. 60, Ludenow 400, Lütta 182,40, Marienwerder 1000, Magdeburg 150, Mühlhausen i. M. 100, Mühlheim 400, Mannheim 1250, Meiningen 600, Mittelb. 2000, Minden 725, Neustadt i. S. 70,25, Oberode a. S. 400, Offenbach 1250, Oels 450, Oerding 180, Oranienburg 450, Orlau 300, Oßersleben 250, Osnaabrück 200, Pörsch 200, Pöllnow 38,55, Pirna 1300, Reichensbach i. B. 400, Riesa 1000, Ritzka 357,70, Spremberg 200, Stabe 118,30, Schneidemühl 1100, Schmöln 383, Schwann 100, Sagau 175, Seehausen i. B. 112,65, Schweißel 66,83, Schleswig 400, Schweidnitz 1000, Wangerin 100, Wittenberge 2000, Werda 300, Weißheim 400, Weiden 90, Worms 300. Kalender: Aue 60 M., Bornhöved 15, Crefeld 75, Dramburg 12,50, Duisburg 25, Feldberg 5, Froburg 22,50, Gräfenhof 5, Grimmen 5, Hamm-Minden 23, Hülsm 35, Jacobschlag 10,50, Kahla 10, Körlin 7,50, Köbbau 85, Mittelb. 100, Novawes 12,50, Neudamm 10, Neustadt i. S. 3, Pflauen i. B. 95, Pöllnow 7,50, Ritzka 5, Tempin 15, Wangerin 20, Werda 10. Der Bundesvorstand.

Wer kann den derzeitigen Aufenthalt des Mitgliedes John Göbel, 38 Jahre alt, aus Riß b. Würzburg, angeblich Nachridt des Verbandsbüreau Würzburg, Semmelstr. 40.

Nudolf Schultze, Maurer, geboren 6. März 1897, Würma. Wer seinen Aufenthalt ten ober Ende August, September mit ihm gearbeitet, gebe Mitteilung Carl Schultze, Zimmerer, Ruma i. 27.

Sterbetafel. Durch den Tod verlor der Bund folgende Mitglieder: Dielefeld, Ferdinand Schrader, Maurer, 72 Jahre. Ludwig Güse, Maurer, 60 Jahre alt. Witow, Karl Radde, 46 Jahre alt. Chemnitz (Burgstädt), Ernst Emil Göttnar, M., 68 J. Duisburg, Karl Wolf, Fliesenleger, 52 Jahre, Unfall. Mainz, Michael Semmler, Hilfsarbeiter, 58 Jahre. Joseph Zirk, Hilfsarbeiter, 64 Jahre. Mannheim (Mardorf), Gg. Drumm, 20 Jahre, Unfall. Reiz (Böschwitz), Ernst Zotho, Maurer, 58 Jahre. Ehre ihm zu Andenken!

Verbandhaus Fritz Ulrich. Mechanische Berufs- und Sportkleider-Fabrik. Altona b. Hamburg, Gustavstraße 58/60. Berufskleidung, Bergzeuge, Featholz-Wasserwaagen, 'Feinlin', Geländer, Säue. — Preisliste gratis und franco.

Moderne Einfamilienhäuser. Praktische Beispiele für kleine, mittlere und reichere Wohnungsansprüche z. Gebrauch für studierende und ausführende Bautechniker herausgegeben von Hans Isasl. 72 Tafeln mit Grundrissen, Ansichten u. Perspektiven. Preis i. Mappe 7,50 M. Willy Geisler Verlag, Berlin SW 29 e. Gneissnaustr. 32.

Billige böhm. Bettfedern! Ein Kilo: grau geschlissenes 3 M., halbweilbes 4 M., weißes 5 M., bosaris 6 M., 7 M., damenweilbes 8 M., 10 M., beste Sorte 12 M., 14 M., weißes ungeschlissenes 7,50 M., 9,50 M., beste Sorte 11 M. Versand portofrei, zollfrei gegen Nachnahme. Muster frei. Umtausch und Rücknahme gestattet. Benedikt Sachsel, Lobos Nr. 9, b. Pilsen, Böhmen.

Bundskalender 1925 für die Mitglieder des Baugewerksbundes sind neu gedruckt worden. Bestell Bundskalender!!!

Musik-Instrumente für Orchester, Schulhaus, Vereinsorgeln. Preisliste. Max Dörfl, Klingenthal i. S. Nr. 37.

Ein kranker Mensch ein halber Mensch! Nur ein gesunder Mensch ist auch ein glücklicher Mensch! Alles was das Leben bietet, kann nur der Gesunde genießen und schätzen. Der Kranke muß abseits stehen und neidvoll zusehen, wie alles Schöne im Leben, Erfolg der Arbeit, wie Liebe und Glück dem Gesunden fast von selbst zufließen. Der Kranke ist selbst und anderen eine Last, und oft genug preißt er einen frühen Tod als einen willkommenen Erlöser. Warum sind Sie nun krank und leidend? Sie müssen es nicht sein! Sie können, auch wenn Sie von allerhand Krankheiten und Beschwerden geplagt werden, wieder vollkommen gesund und leistungsfähig werden. Alle lästigen Schmerzen und Beschwerden, wie z. B. Hautausschlag, Puffeln, Mattigkeit, Reizbarkeit, Gedächtnisschwäche, Schlaflosigkeit, Angstgefühle, Zerknirschtheit, Flimmern vor den Augen, Schwindelanfälle, Herzklappen, Krämpfe, Schmerzen in den Gliedern, in der Brust, im Rücken, Appetitlosigkeit, Stuhlverstopfung, Nerven, Durchfall, Neigung zu Erkältungskrankheiten, Blutwürgungen, Zittern der Glieder, Beklemmungen, Zuckungen der Augenlider, blickartige, schiebende Schmerzen in verschiedenen Körperteilen, Unfähigkeit, schwere Träume, Schlafsucht, Willensschwäche, Melancholie, Hypochondrie, abnorme Gefühle, epileptische Zustände, Sprachstörungen, Ameisenlaufen, Gefühl flatternder Bewegungen, tanzende Punkte vor den Augen, Hautjucken, überpanntes Wesen, fixe Ideen, stumpfsinniges Hindämmern, Kopfschmerzen usw. sind untrügliche Anzeichen, aber auch nur die äußeren Merkmale dafür, daß Ihr Blut, der Träger des Lebens, nicht so zusammengefaßt ist, wie es für ein ordnungsmäßiges Funktionieren des Gesamtorganismus erforderlich ist. Unreines Blut ist aber die Ursache der meisten Krankheiten. Sie können aber wieder kerngesund, frisch, froh und leistungsfähig werden, wenn Sie die Ursache beseitigen, das unreine Blut austreiben und dafür sorgen, daß es wieder hell, klar und lebendig durch Ihre Adern pulst. Es gibt ein Mittel, die Blutmischung so zu verbessern, wissenschaftlich ausgedrückt, das Blut von der Harnsäure und anderen schädlichen Beimischungen zu befreien und es wieder alkalisch zu machen und das ist Dr. med. Robert Hahn's natürlicher Gesundheitswiederhersteller »Salvito« Jedem, der an einer oder mehreren der vorgenannten Beschwerden leidet, senden wir kostenlos und portofrei eine ausreichende Probe dieses Mittels sowie ein hochinteressantes Buch über die Ursache der meisten Krankheiten, welches wertvolle Belehrungen und Ratsschläge sowohl für Kranke als auch für Gesunde enthält. Dieses Buch müssen Sie unbedingt kennen lernen. Es kostet Sie nichts, und Sie erhalten sowohl die Probe wie auch dieses Buch völlig umsonst u. portofrei u. ohne weitere Verbindlichkeit, wenn Sie darum ersuchen. Schreiben Sie heute noch! Sie tun sich selbst damit ein gutes Werk, das man nicht verschieben soll. Dr. med. Robert Hahn & Co., G. m. b. H., Magdeburg, Is. 35